

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljahr 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragener in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verträge
 und Veranlassungen 20 Pf. „Die
 kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 8. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die „Selbstkosten“ des Grubenkapitals.

Wohl befindet sich die heimische Industrie schon seit Monaten im allgemeinen Rückgang, aber die Preise für Kohlen und Coaks halten sich auf der alten Höhe, zumal das breite Publikum nun noch immer die Angstpreise des Vorjahrs zahlen. Ja, in Oberschlesien, Sachsen und an der Ruhr haben die Kohlenherren noch im Laufe dieses Frühjahrs ihre Preise teilweise erhöht! Dabei herrscht Kohlenüberfluß, die Lager der Großhändler sind überfüllt, häuftenweise müssen die Kohlen auf Halben gestürzt werden. Zahlreiche Zwangsversteigerungen von Coaks und Kohle, „zu Lasten eines säumigen Abnehmers“, liefern den evidenten Beweis, daß unsre Grubenausbeuter nicht wissen, wohin mit ihren Produkten. Die Grubenkartelle haben denn auch schon erhebliche Einschränkungen der Förderung angeordnet.

Trotzdem bleibt der unerhöht hohe Kohlen- und Coakspreis aus der verflochtenen Hochkonjunktur weiter bestehen. Die Arbeiterlöhne sinken rapide, aber die Lebensbedürfnisse müssen jetzt wie früher zu bedeutend gesteigerten Preisen eingekauft werden.

In der Unternehmerpresse bemüht sich das Corps der Schwinds, das Festhalten an den unnatürlich hohen Kohlenpreisen mit den „anhaltend gestiegenen und noch nicht fallenden Selbstkosten“ zu rechtfertigen. Wir sind nun keine Utopisten, die von einer Unternehmergesellschaft Selbstlosigkeit, Opferwilligkeit für das Gemeinwohl verlangen. Wir wollen vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft gern zugeben, daß der Bergbaubetrieb mit Risiko für die Geldgeber verbunden ist, daher gegen eine entsprechende Verzinsung des Kapitals nichts einzuwenden ist. Sind die „Selbstkosten“ infolge Preiserhöhung der Materialien (Holz, Eisen, Pulver etc.) und der höheren Arbeiterlöhne gestiegen, so wird dies auch in einem gesteigerten Kohlenpreis zum Ausdruck kommen. Ganz besonders ist den Arbeitern für ihre schwere, lebensgefährliche Tätigkeit eine recht anständige Lohnzahlung zu gönnen und muß sich daher der Konsument mit den aus diesem Grunde erhöhten Kohlenpreisen abfinden. Auch wenn die familiären Kohlenruben in Staatsregie betrieben würden, ja dann erst recht würde als Grundstock der „Selbstkosten“ ein recht anständiger Arbeiterlohn anzusehen sein, wodurch natürlich der Brennstoff entsprechend verteuert wäre.

Es fragt sich aber, ob die heutigen Kohlenherren rechtmäßig die „erhöhten Selbstkosten“ einwenden zur Verteidigung der fortgesetzt verteuerten Kohlen. Es wäre schließlich nichts dagegen einzuwenden, daß die wirkliche Steigerung der „Selbstkosten“ auf den Kohlenpreis geschlagen würde. Sehen wir aber zu, wie sich in Wirklichkeit die Sache verhält.

Seit einigen Jahren bemühen sich die Unternehmerorgane, mit großem Raffinement nur so viel aus den Geschäftsbereichen der Werke zu veröffentlichen, wie eben nötig ist, um dem Gesetz Genüge zu thun und Käufer der Papiere anzulocken. Das Finanzgebahren wird meistens so allgemein behandelt, so sorgfältig die Absicht des kontrollierenden Socialpolitikers vereitelt, daß auch schon bürgerliche Blätter sich gegen diese „verschleienden, unkontrollierbaren Abrechnungen“ wendeten. Auf Treu und Glauben soll man hinnehmen, was die Werkorgane bieten. Aber den Behauptungen von „enorm gestiegenen Arbeiterlöhnen, infolgedessen die Selbstkosten in die Höhe geschraubt werden“, stehen die kolossalen Reihergewinne der Unternehmer und die Klagen der Arbeiter über Lohnabzüge und Schichtenverlängerung gegenüber. Man kommt dazu, alle „amtlichen Zahlen“ aus der Montanindustrie mit dem größten Mißtrauen zu betrachten.

Dennoch ist es uns gelungen, aus einer Reihe Werksberichten eine Anzahl Ziffern zu gewinnen, die geeignet sind, helles Licht über den Umfang des Kohlenwuchers zu verbreiten. Wir wiederholen: Die Ziffern entstammen den Werksberichten!

Zuerst die vielbesagte Mitteilung, daß die ober-schlesische Kohlenförderung von 1899 auf 1900 um 5,47 Proz., der Absatz 5,35 Proz., der Ertrag aber um 25,06 Proz., der Arbeiterlohn jedoch nur um 8,9 Proz. pro Schicht stieg! Stets ist behauptet worden, die Lohnsteigerungen nähmen den Löwenanteil von der Kohlenpreiserhöhung in Anspruch; wir sehen aber, daß hier das Publikum beschwindelt ist.

Im niederschlesischen Kohlenrevier haben die Unternehmer im Laufe des Vorjahrs auf mehrfachen den Preis erhöht mit dem Hinweis auf die „höheren Selbstkosten, verursacht durch steigende Löhne“. Nun stellt sich heraus, daß die niederschlesische Kohle um 19,80, der Coaks um 20,50 Proz. verteuert wurden; die Arbeiterlöhne stiegen aber nur um 7,14 Proz.! Dabei muß immer noch bedacht werden, daß auch die Arbeiterleistung zunahm, was eine Verringerung der Lohnsteigerung bedeutet.

Am besten ist jedoch die Ausnutzung des Konsumenten durch die Kohlenmonopolisten zu erkennen, wenn wir die einzelnen Werksabrechnungen untersuchen. Hier einige Proben:

	Verkaufspreis pro Tonne (ober Hektoliter)		Selbstkosten pro Tonne (ober Hektoliter)	
	1899	1900	1899	1900
Rhenania-Lugau*)	0,99 M.	1,11 M.	0,72 M.	0,82 M.
Oelsniger B. G.**)	0,98	1,09	0,75	0,84
Kaisergrube Gersdorf*)	1,00	1,16	0,68	0,72
Bereinsglück Delsitz	12,95	16,50	0,72	0,80
St. A. B. G. Hohndorf*)	1,09	1,27	—	—
Lugauer St. A. B.**)	1,00	1,12	0,68	0,71
Königsborn	8,83	9,77	Selbstkosten liegen um 0,84 M. pro Tonne.	
Ren-Ossen	Preiserhöhung 13,88 Proz.		Selbstkosten 4,78 Proz. höher.	
Concordia	8,92 M.	10,22 M.	6,68 M.	7,31 M.
W. B. G.	8,89	10,89	6,55	7,13
Zangenbrunn	10,48	11,34	7,80	8,09
Alte Hanja**)	7,24	8,10	6,87	7,27
Widderfeld Tiefbau**)	9,17	9,58	8,74	8,84
Blankenburg**)	8,22	8,71	7,08	6,65
Zahlbusch	9,05	10,20	6,97	7,18
Deutschland	8,24	8,80	6,58	6,29
Harnen	8,84	9,52	6,49	7,33
Anthracit-Kupferdreh	7,34	8,15	5,97	5,98
König Ludwig	9,72	11,80	8,12	9,17

Diese Tabelle gewährt einen lehrreichen Einblick in das Treiben der Kohlenmonopolisten. Die „Selbstkosten“ sind in manchen Fällen sogar gesunken statt zu steigen, wie dem Konsumenten vorgerechnet wurde, um ihn mit dem Kohlenwucher zu „versöhnen“. Wir haben Werte des verschiedensten Umfangs, sehr große, große und kleine herausgegriffen, um die allgemein reichen Erträge des Kohlenbergbaus für die Unternehmer zu demonstrieren. Freilich giebt es auch schlecht gestellte Anlagen, deren Betrieb Zuschüsse erfordert. Aber hier sind meistens unfähige Betriebsleitungen schuld an dem schlechten Ergebnis, oder aber — wie im Falle Schlesiens Kohlen- und Coakswerte — es werden von ausländischen Aktionären des Werks Kohlen und Coaks in das Ausland an Establishments verschleudert, bei denen wieder jene Aktionäre ihr Schäschen sächern.

Jedenfalls lehrt ein Vergleich der „Selbstkosten“ mit dem Verkaufspreis, daß der letztere sich bis zu 50 Proz. über die ersteren erhebt! Nun muß man nur wissen, was die Herrschaften alles unter „Selbstkosten“ verstehen. Vor uns liegt der Bericht vom Lugauer Steinkohlenbau-Verein. Er berechnet die Selbstkosten pro Hektoliter wie folgt: Arbeitslöhne 43,36, Materialien 14,01, Allgemeine Betriebsausgaben 2,86, Verwaltung, Steuern, Abgaben 4,42, Unfallversicherung 0,80, Krankenkasse 0,46, Pensionskasse 1,53, Kohlen-Selbstverbrauch 2,91, Zinsen der Anleihen 0,85, zusammen 71,30 Pf. gegen 68,04 pro 1899. Die Selbstkosten sind also um 4,8 Proz. gestiegen, dagegen nahm der Verkaufserlös pro Hektoliter um 12 Proz. zu! Daß hier eine ungehörige Verteuerung der Kohle vorliegt, läßt sich nicht bestreiten. Wo blieb der Preisausschlag? Der Arbeiterlohn erhöhte sich nur um 8 Proz.! Die Unternehmer sadten ein

	1898	1899	1900
Bz.-Aktie (Nominalwert 800 M.)	55	65	100
St.-Aktie („ 300 „)	40	50	85

Die Papierinhaber erhielten also einen um (gegen 1899) 53—70 Proz. erhöhten Entbehrungslohn. Dafür mußte das Publikum die Angstpreise zahlen und zahlt sie heute noch.

Der Lugauer Verein rechnet als „Selbstkosten“ sämtliche Betriebsausgaben incl. die enormen Verwaltungsgehälter und selbst die Anleihezinsen und Abgaben, als Bodenzinse, Kohlenzinsen und dergleichen, die sämtlich reine Kapitalgewinne sind, nur daß sie statt in die Taschen der Aktionäre in die anderer Kapitalisten fließen; und doch konnte er noch pro Hektoliter 41 Pf. gleich 36,6 Proz. der Gesamteinnahme (112 Pf. pro Hektoliter) als Ueberfluß verwenden. Davon sind 148 953 M. abgeschrieben, 24 400 M. erhielten die Verwaltungsherren noch als Lantienem, 33 100 M. die Beamten für ihren Pensionsfonds. Im Vorjahre betrug der verteilte Nettogewinn 291 717 M., 1900 belief er sich auf 455 000 M. Damals wurden 16—21 Proz. Dividende ausgeschüttet. War das nicht genug? Hätte man sich damit begnügt, dann stellte sich der Hektoliter für den Konsumenten um 10 Proz. billiger und den Arbeitern konnte doch der Lohn um die 8 Proz. erhöht werden.

Nediglich um die Profitrate des nichtstehenden Aktionärs aufzubessern, ist 1900 die enorme Kohlenverteuerung eingetreten; da wollen wir von den früheren Aufschlägen erst gar nicht reden.

Den sächsischen Fall greifen wir heraus, weil gerade im Königreich Sachsen die Kohlenherren, besonders nach dem niederschlesischen Streik der Bergleute, alle Quartale des längeren und breiteren die „unbedingte Notwendigkeit der Preiserhöhung angesichts der rapide steigenden Selbstkosten“ zu beweisen suchten. Was an der Sache ist, haben wir gesehen. Die anderen Kohlenruben in Sachsen haben kein besseres Spiel getrieben. So erheben sich bei Kaisergrube Gersdorf die Verkaufspreise pro Hektoliter um 44 Pfennig über die „Selbstkosten“, obgleich schon 1899 der Unterschied 32 Pfennig betrug. Vereinsglück-Delsnitz schraubte den Verkaufspreis 33 Proz.

*) Hier handelt es sich um Hektoliter.
 **) Diese Ziffern gelten für 1898 und 1899.

in die Höhe, die Selbstkosten vermehrten sich nur um 11 Proz.! So wird das deutsche Volk „barbiert“.

Dabei lehrt in der Unternehmerpresse stets die Verteuerung wieder von den „kolossal, enorm, fortgesetzt steigenden Arbeiterlöhnen“. Jeder Werksbericht bringt gewissenshaft die Lohnsteigerungen zum Ausdruck; daß die Unternehmergewinne doppelt und dreifach mehr stiegen wie die Arbeiterlöhne, darüber schweigt der Berichtstatter. Aber wie steht es denn in Wirklichkeit mit den Lohnnahmen?

Wenn wir ganz absehen von der Nichtanrechnung der Nebenprodukte, der Leistungssteigerung, der ungenauen Schichtenberechnung, dann haben sich die Schichtlöhne der Steinkohlen-Bergleute von 1895—1900 erhöht um (gut gerechnet) 32 Proz. im Ruhr-Bergbau, 27 Proz. in Oberschlesien, 24 Proz. in Niederschlesien und 10 Proz. im Saarbecken (Fiskus!!!). Dieser Lohnsteigerung stehen aber für denselben Zeitraum bedeutende Leistungssteigerungen gegenüber (Oberschlesien 3,2 Tonten, Niederschlesien 2, Saarbrücken 1,2) und nach der sicher nicht zu hoch gegriffenen eigenen Angabe der Unternehmer hat sich in Preußen seit 1895 der Wert der Tonne Kohle durchschnittlich um 21 Proz. gehoben. Die wertvoller thätigste die Bergmannsarbeit für den Unternehmer wurde, darüber giebt uns der Kurzzettel hinreichend Auskunft. In derselben Zeit, wo (gut gerechnet) der Arbeiter für seine quälendste, höchst gefährliche Arbeit 10—32 Proz. Mehrlohn erzielte, nahmen die mühelos eingefakten Unternehmergewinne um 50, 100, 200, ja 500 und mehr Prozent zu. Der preussisch-fiskalische Bergmann, der am geringsten mit Lohnaufbesserung bedacht wurde, lieferte 1895 an die Staatskasse 330, 1899 533 M. Ueberfluß ab, für 1900 ist er noch größer.

Und in Anbetracht dieser offenkundigen Verhältnisse magt man doch noch den Arbeiter des Kohlenwuchers zu beschuldigen! Man weist auf den freilich auch stark gestiegenen (inzwischen aber gesunkenen) englischen Kohlenpreis hin zur Entschuldigung des heimischen Kohlenwuchers. Mit den englischen können unsre Verhältnisse gar nicht verglichen werden, denn in England haben die Lohnsteigerungen 1895—1900 betragen: für Northumberland 53,57, für Durham 50,00 Proz., Südwales 61,25 Proz., Ost-Schottland 85,00 Proz., West-Schottland 87,50 Proz.! Das klingt anders, als wenn „Hibernia“ mit Emphase darauf hinweist, daß ihre Arbeitslöhne seit 1895 um ganze 29 Proz. zunahmen. Von den höheren englischen Kohlenpreisen haben die dortigen Arbeiter — natürlich mit Hilfe ihrer starken Organisation! — gehörigen Anteil bekommen, bei uns ruhen die Mehrerträge in den Geldschränken der Kohlenmonopolisten.

Einen gemeingefährlichen Schwindel treiben die Werkschmucks mit der Berechnung der Arbeiterlöhne und ihr Verhältnis zum Produktwert. Dreist und gottesfürchtig wird versichert, an den Erträgen des Bergbaues nähmen die Arbeiterlöhne im steigenden Maße teil. Daß hier gelogen wird, ergibt diese Berechnung, aufgedaut auf amtliche Zahlen. Es betrug der Anteil der Löhne am Förderwert im Kohlenbergbau:

	Oberschlesien	Niederschlesien	Ruhrgebiet	Saargebiet
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
1895	35,6	48,1	52,9	44,4
1899	34,2	50,0	59,8	42,4

Im Lande der ultramontanen Grubemagnaten, Oberschlesien, im fiskalischen Saarbergbau ist der Anteil der Arbeiter am Produktwert sogar so enorm gesunken, daß dies nicht einmal die total irreführende „amtliche Berechnung“ verschleiern kann. Sieht man nämlich genauer zu, dann stellt sich heraus, daß der Rechenkünstler frisch und fromm lediglich die Kohlenförderung auf die Belegschaft anrechnet! Zum Beispiel im Ruhrgebiet hat diese Belegschaft auch noch über 11 Millionen Tonnen Coaks (Durchschnittspreis pro Tonne 14 M.) erzeugt, ganz abgesehen von Driketts, Ammoniak, Teer etc. Werden diese Werksummen den Belegschaften auch gutgeschrieben, dann wird sich das Bild noch weit ungünstiger für die Kohlenmonopolisten gestalten, d. h. bezüglich ihrem Gerechtigkeitsinn bei der Verteilung der Gruben-erträge.

Noch ist kein Fallen der Kohlenpreise eingetreten, im Gegenteil, sie sind in Schlesien, Sachsen und Westdeutschland weiter erhöht worden. Aber schon im Sommer 1900 begannen die regelrechten Lohnabzüge! Im 4. Quartal 1900 wurde das Lohnbrücken so umfangreich besorgt, daß sogar die ziemlich empfindungslose amtliche preussische Lohnstatistik ein Fallen des Ruhr-Bergmanns-Lohns angiebt. Im laufenden Jahre sind nun gar Lohnreduktionen auf den Bechen eingetreten, die bis zu 30 Proz. in manchen Fällen gehen.

Damit vergleiche man die jüngst herausgekommenen Werksberichte pro 4. Quartal 1900 und 1. Quartal 1901. Durchweg sind die Werks-Ueberflüsse weiter enorm gestiegen! Die „Selbstkosten“ sind durch namhafte Lohnfällungen verringert worden, aber wer etwa glaubte, dies würde sich in einem niedrigeren Kohlenpreis äußern, war auf dem Holzwege. Die Grubenbesitzer haben ihre „Selbstkosten“ vermittelst Lohnreduktionen herabgesetzt, nur um die Riesengewinne der Werke noch weiter zu steigern! Das Volk muß nach wie vor die unerhöhten Kohlenpreise zahlen. Das ist die Geschichte von den „gestiegenen Selbstkosten“.

Auf die Dauer kann eine solche Volksausbreitung auch das geduldigste Volk nicht ertragen. Wie der Brotwucher, so ist auch der Kohlenwucher geeignet, dem Publikum — nicht nur den Arbeitern — die Augen zu öffnen über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände. Die Enttarnung der Kohlenmonopolisten darf nicht von der öffentlichen Tagesordnung verschwinden, das Volk muß endlich sein unüberäußerliches Recht an den Erbschätzen geltend machen. Und sollte zur gegebenen Zeit die Frage der Enttarnung der „Kohlenherren“ akut werden, dann dürfte es sehr wertvoll sein, über die „Selbstkosten“ der Kohlenmonopolisten Näheres zu wissen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai.

Der Reichstag

beschäftigte sich am Dienstag ausschließlich mit Interpellationen. Die erste Stelle nahm eine agrarische Interpellation ein, die dem Reichskanzler den Wunsch nahe legte, daß die Remonten nicht mehr während der Saat- und Erntezeit vorgemüsst werden. Der Kriegsminister Herr v. Goltz äußerte sich sehr entgegenkommend. Die Wünsche der Agrarier sind der Regierung Geheiß und so soll in Zukunft auch diese Veldästigung der Landwirtschaft vermieden werden. Die Agrarier der verschiedenen politischen Schattierungen, die in der Debatte das Wort ergriffen, nahmen dieses Entgegenkommen als etwas Selbstverständliches hin. Herr Fahn benutzte die Gelegenheit, um nach hohen Zöllen auf ausländische Pferde zu schreiben.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand unsere Interpellation wegen des Griesheimer Unglücks. Genosse Hoch begründete sie in einer sachkundigen Rede, er hat die Unglücksstätte persönlich besichtigt und war im Stande, eine Reihe von Thatsachen festzustellen, aus denen hervorgeht, daß bei der Konzessionserteilung an die Fabrik nicht mit der nötigen Vorsicht vorgegangen worden ist, und daß die Betriebsleitung in höchst ungenügender Weise für den Schutz der Arbeiter gesorgt hat. Mit den Arbeiterverhältnissen in Griesheim war es höchst traurig bestellt. Während das Unternehmen den Aktionären glänzende Dividenden in den Schoß warf, wurden die Arbeiter mit sehr niedrigen Löhnen abgepeist. Auch in sanitärer Hinsicht war höchst ungenügend vorgegangen. Die vorgeschriebene Kontrolle durch die Berufsvereinschaft fand sehr selten statt. Scharf rügte unser Redner das Versuchungssystem, das in dem jüngst veröffentlichten Frankfurter Polizeibericht über das Unglück versucht wird, und forderte die Teilnahme der Arbeiter an der Gewerbe-Inspektion als sicherstes Kontrollmittel für derartige Betriebe.

Staatssekretär Graf Posadowsky suchte die Verantwortung von der Reichsregierung abzuwälzen, indem er die Zuständigkeitsfrage aufwarf. Die Konzessionserteilung liege nach den reichsgesetzlichen Vorschriften in den Händen der Einzelstaaten. Ferner suchte der Minister dann weiter den Nachweis zu führen, daß nach dem Stande der Wissenschaft und Technik keine schärferen Bedingungen für den Betrieb zu erlassen wären, da bisher angenommen wurde, daß schwache Pikrinsäure nicht explosionsfähig sei.

Dieser Behauptung trat Genosse Wurm als Chemiker entgegen. Er verwies darauf, daß Pikrinsäure auch im überhöhten Zustande außerordentlich leicht explodiere und daß die Fabrik deshalb den strengen Vorschriften hätte unterworfen werden müssen, die für Dynamitfabriken vorgeesehen sind. Unse Redner fragten vergeblich danach, wie es zugelassen werden konnte, daß ungeheure Mengen Benzin in nächster Nähe der Pikrinsäure-Fabrikation lagerten. Ein Regierungskommissar behauptete nur, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen gewesen wären.

Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Bundesrat auf jeden Fall besondere Vorschriften zum Schutz für Gesundheit und Leben der in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Grund der Gewerbe-Ordnung erlassen müsse. Die Regierung gab kein bindendes Versprechen, sagte aber weitere Erväugungen zu.

Im weiteren Verlauf der Debatte war Herr v. Kardorff geschmacklos genug, einen komischen Ton in die ersten Verhandlungen hinein zu bringen, indem er mit einem kühnen Salto mortale auf die Gefahren zu sprechen kam, die der elektrische Straßenbahnbetrieb in Berlin für die Passanten mit sich bringt. Singer erteilte ihm die gebührende Antwort.

Den Schluß des Tages bildete die Verhandlung über eine Interpellation des Welfen v. Hodenberg, die über die Behandlung der deutschen Missionare in Südafrika seitens der Engländer Klage führte. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Richthofen, versicherte, daß die Regierung mit Erfolg zu Gunsten der Missionare interveniert hätte, soweit sie deutsche Staatsangehörige sind. In der sehr belanglosen Debatte ließen die Herren Dr. Derkel und Gasse ihrem Engländerhaß wieder einmal die Zügel schießen.

Wittwoch: Dritte Lesung des Weingeßes, Diätenantrag und Gewerbeberichte.

Liberaler Glaubenskraft.

Das Juridische der Regierung im Kanallampf und die reaktionäre Ergänzung des Ministeriums hat nur einen kurzen Augenblick die liberalen Hoffungsgefühle gehemmt. Schon brechen sie wieder ungestört und durch keine Erinnerung an frühere hundertfältige Enttäuschung gemildert hervor. Die „Vossische Zeitung“ sieht schon nicht mehr die Möglichkeiten der wirklichen Gegenwart, sie erläutert bereits den neuen ewigen Kanallampf und den „festen Willen“ einer Regierung gegen die konservativen Rebellen:

... Es weht ein scharfer Wind gegen die kanallampf-feindlichen Konservativen, und der neue Herr v. Hammerstein, der Jugendfreund des Grafen Bismarck, wird zu zeigen haben, was er vermag. ... Daran folgt, daß für die Annahme der Kanalvorlage nach der Neubildung des Ministeriums alle Aussicht vorhanden ist, selbst bei der jetzigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, noch mehr, wenn nach einigen Monaten plötzlich die Auflösung erfolgt und Neuwahlen ausgeschrieben werden, sobald die Regierung „fertig zum Gefecht“ ist. Und dann kann die Verhandlung in drei Wochen abgeschlossen sein, da schließlich noch einmal die Minister Herrn v. Jeddig auf seine Reden antworten werden. Die Angelegenheit ist gelöst, sie ist sprachlos. Wo der feste Wille ist, wird auch der Weg zur Durchführung der Vorlage sich finden.

Dieselbe ungeheuerliche Verteilung der politischen Machtverhältnisse bekundet das „Berl. Tagebl.“, indem es auf Handelsminister Möller große politikpolitische Hoffnungen setzt:

Herr Möller ist einer der industriellen Schützlinge des Reiches, die sich für eine Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen haben, aber nicht daran denken, den Agrariern so weit nachzugeben, daß sie die handelspolitischen Beziehungen zum Auslande auf Spiel setzen wollen. Und eben weil Herr Möller einseht, daß wir diese Beziehungen nicht abbrechen dürfen, wird er nolens volens (willing oder widerwilling) zu einer Erhöhung der Zölle die Hand nicht bieten können. Denn jede Erhöhung der Zölle setzt die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands aufs Spiel. Uns erscheint also die Ueberzeugung des Herrn Möller von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer Handelsverträge als ein Moment, welches geeignet ist, mit seiner Zoll-erhöhungsbereitschaft auszuwachen, weil es dieser Reizung die praktische Betätigung verbietet.

Auch der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, dessen demokratischer Bismarckglaube alle Thatsachen reaktionärer Politik unerschütterlich überdauert, verheißt von neuem seinen Heros durch den Ratsschlag, er möge nicht durch zu große Weisheit und Lebensweisheit sein ansehnliches Talent und seine gute Absicht schädigen. Dieser lebenswürdige Rat für Herrn v. Bismarck, fest zu werden gegen die konservativen Annäherung, wird reizvoll ergänzt durch den Glauben, daß die Konservativen doch die Unterlegenen des Kanallampfs seien, denn sie haben ihren klügsten und einflussreichsten Freund Miquel verloren.

Den Reformator seines Steuerwesens kann der preussische Staat schon seit Jahren entbehren, aber ob das konservative Agrariertum seinen besten, klügsten und einflussreichsten Freund entbehren kann, das ist eine andre Frage. Und um die drücken sich die Herren, die seit Freitag krampfhaft verhalten haben, fröhliche, sorglose Kanallampfer zu spielen, recht erbärmlich herum. Sie glauben die Welt darüber täuschen zu können, daß sie mit diesem erfindungsreichen Kopf den offenen und geheimen Protektor verlieren, durch dessen Hilfe ganz wesentlich das Agrariertum unter und gegen drei Reichskanzler groß und mächtig geworden ist, weil er nicht nur den Willen, sondern auch die große Fähigkeit und Erfahrung besaß, um die agrarischen und wirtschaftlich reaktionären Wünsche gesetzgebend zu formulieren. Zum Sport und bis zur diabolischen Kunst hat Miquel, den Schwieriges reizte, diese Gesetzesmacher getrieben, und Kunststücke, wie das Warenhandels-Gesetz, geleistet, an die sich kein anderer gewagt hätte. An agrarischen Wünschen und am Willen zu ihrer Durchführung wird es auch in Zukunft vermutlich nicht fehlen, aber der geniale und vorwiegende Landeskulturer, der ihnen gesetzgeberisches Leben zu geben verstand, der fehlt in Zukunft. Und es fehlt der Mann, dessen geheime Bundesgenossenschaft auf mancherlei Schleichwegen dem konservativen Agrariertum erst das hohe Maß von Stoutrage und von geschickter Taktik im Kampfe gegen die Regierung — namentlich in der Kanalfrage — verliehen hat. Darin liegt die Bedeutung seines Verlustes für das konservative Junkertum und seiner Anhänger.

Thatsächlich verharren die Konservativen in fahler Ruhe. Wohl wissen sie, daß plötzlich Trunp ist und daß sie mit allen Möglichkeiten rechnen müssen. Aber sie wissen auch, daß ihre Machtstellung in Preußen nicht auf den guten Diensten eines noch so schlauen Ministers ruht und daß es ihnen fürder wie stets in der Vergangenheit gelingen wird, die Durchschnittsummern preussischer Regierungsovertreter ihrer Diktatur gefügig zu erhalten.

Deutsches Reich.

Minister Möller und die 12 000 Mark-Affaire.

Herr Geh. Kommerzienrat Möller, Handelsminister in Preußen, spielte, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, auch bei der 12 000 Mark-Affaire eine bedeutende Rolle. Das Mitgliederverzeichnis des Centralverbandes führt ihn auf als Vertreter des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen. Ob er auch Vorsitzender dieses Vereins mit dem langen Namen ist, ist augenblicklich nicht festzustellen; auf alle Fälle wird letzterer aber thatsächlich von ihm und nach seinen Intentionen geleitet. Und an diesen Verein mit dem langen Namen ist auch einer jener erfolgreichen Westfälischen Bittelbriefe gelangt, in denen um eine Weisersteuer zu dem „etwas eigentümlichen“ 12 000 Mark-Tringeld für das Reichsamt des Innern ersucht wurde.

Als nun seiner Zeit die „Leipziger Volkszeitung“ diese interessante und peinliche Tringelgeschichte entfaltete, konnte man eine eigentümliche Beobachtung machen. Eine Reihe von bürgerlichen Blättern, die unter dem ersten Eindruck der Enthüllung das Verhältnissverhältnis zwischen Regierung und Centralverband höchst bedenklich fanden, besaßen sich nach einiger Zeit zu anderen Ansichten und fanden die Geschichte nunmehr höchst moralisch und korrekt.

Was war wohl inzwischen geschehen? Die Sache ist sehr einfach. Ein gewisser Herr besuchte den Grundbesitzer eines berühmten Kommodanten, der einst erklärte: „Ich besuche jeden Rezensenten und wenn der Hund auch vier Treppen hoch wohnt.“ So sah man denn auch diesen gewissen Herrn eine Zeitlang die Stiegen zu allen politischen Rezensenten hinaufklettern. Es folgte ihn freilich viel — Nähe und Zeit nämlich. Aber er stieg wie die Treppe hinunter, und ein gewisser Teil der guten bürgerlichen Presse hatte wirklich einsehen gelernt, daß solch eine Kleinigkeit von 12 000 M. wirklich nicht so viel Aufregung und Entrüstung wert sei.

Der gewisse Herr aber soll Herrn Kommerzienrat Möller verzeiwelt ähnlich gesehen haben.

Minister Möllers Verdienst um die Monarchie.

Im Dezember 1898 fand vor dem Berliner Landgericht ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen einen Amerikaner statt, in dem Herr Möller als Zeuge auftrat. Der Amerikaner war in der Reichsdenkmalstraße in der Bauerstraße verhaftet worden; über die Vorgänge, die zur Verhaftung führten, sagte Herr Möller folgendes aus:

„In einer Rische sei eine Unterhaltung in so lautem Tone geführt worden, daß die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden mußte. Er habe gehört, daß in der Rische ein Herr von der erbärmlichen deutschen Nation“ und in beleidigender Weise über die Hohenzollern und den deutschen Kaiser sprach. Da habe er sich nach der Rische begeben, in welcher der Angeklagte mit seiner Begleiterin saß. Er habe ihn voller Entrüstung unterbrochen: „Ich verbitte mir, daß Sie in solchem Tone von Sr. Majestät, den Hohenzollern und dem deutschen Volk sprechen, Sie sollten sich schämen, hier so aufzutreten. Ich könnte Sie prägen, und wenn Sie nicht innerhalb fünf Minuten das Lokal verlassen haben, lasse ich Sie hinausbringen, und wenn es durch die Polizei ist.“ Der Amerikaner wurde vom Gerichtshof freigesprochen, weil er sich nicht in normaler Geistesverfassung befunden habe.

Für Herrn Möller aber war das Erlebnis nicht unbedeutend. Es verlautet, der Kaiser sei bei dieser Gelegenheit besonders auf ihn aufmerksam geworden.

Der Kaiser an Miquel.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht das Handschreiben, das der Kaiser dem scheidenden Miquel sandte:

Mein lieber Staatsminister Dr. von Miquel! Ihrem wiederholten Gesuche um Entlassung aus dem Amte als Vizepräsident meines Staatsministeriums und als Finanzminister habe ich durch Erlass vom heutigen Tage Folge gegeben. Mit Bedauern sehe ich Sie aus Ihren bisherigen Stellungen scheiden, in welchen Sie sich so große Verdienste um mich, mein Haus und das Vaterland erworben haben. Wenn es bisher gelungen ist, den großen und neuen Aufgaben auf allen Gebieten der Staatsverwaltung gerecht zu werden, so ist dies nicht zum geringsten Teile Ihnen zu danken, der Sie mit sachkundiger und glücklicher Hand eine neue finanzielle Grundlage für den preussischen Staat geschaffen haben, auf deren Festigkeit auch in Zukunft gerechnet und gebaut werden kann. Es ist mir ein herliches Bedürfnis, Ihnen für Ihre treue und segensreiche Arbeit und die anspornende Hingebung, mit der Sie Ihres verantwortungsvollen Amtes gewaltet haben, meinen wärmsten Dank auszusprechen. Um aber Ihre großen Erfahrungen und Ihre hervorragende Kraft dem Staate auch ferner zu erhalten, habe ich Sie als Zeichen meines besonderen Vertrauens auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen. In steter Dankbarkeit verbleibe ich

Schilly, Ihr allezeit wohlgenannter König Wilhelm II.

Das huldvolle Schreiben des Kaisers entspricht dem Ceremoniell. Die Thatsache aber bleibt, daß Miquel widerwillig sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Die früheren Gesuche liegen längere Jahre zurück und jetzt dachte Miquel an alles, nur nicht an Abschied. Aber der Kaiser erwartete von ihm die glückliche Durchführung der Kanalfrage. Da dies ihm nicht gelang, benutzte Graf Bismarck die Gelegenheit, sich des ihm gefährlich Ueberlegenen zu entledigen.

Nach einer Darstellung, welche die „Rhein.-Westf. Ztg.“ aus guter Quelle erhalten haben will, spielten sich die Vorgänge, die zum Entlassungsgesuch Miquels führten, also ab:

Da in der vertraulichen Besprechung der preussischen Staatsminister am Donnerstagvormittag keine Meinungsverschiedenheit hervorgetreten war und alle dem Vorschlage des Ministerpräsidenten, den Landtag sofort zu schließen, zugestimmt hatten, so glaubte Minister v. Miquel vorläufig keine Veranlassung zu einem Entlassungsgesuch zu haben. Sein Rücktritt war aber gerade die Voraussetzung jenes vom Kaiser persönlich veranlassenen Vorschlags gewesen. Dies dem Minister v. Miquel nahe zu legen, dazu wäre Herr v. Lucanus der Rache gewesen. Dieser ist aber seit langen Jahren mit Herrn v. Miquel eng befreundet gewesen und es ist demnach begreiflich, daß ihm eine solche Aufgabe im höchsten Maße peinlich sein mußte. So wurde auf seinen dringenden Wunsch in diesem Falle von seiner Vermittlung abgesehen. Graf v. Bismarck saß am Freitagvormittag den Chef der Reichskanzlei, Herrn v. Bismarck, zu Herrn v. Miquel und ließ ihm mitteilen, daß er, der Ministerpräsident, gern bereit sei, ein Entlassungsgesuch Miquels an Allerhöchster Stelle vorzulegen und zu befürworten und daß er an dessen Bewilligung keinen Augenblick zweifle. Das war deutlich. Während sich Herr v. Miquel hinsetzte, um sein Entlassungsgesuch abzufassen und mit „Gesundheitsrückichten“ näher zu begründen, verbreiteten bereits Extrablätter auf den Berliner Straßen die Nachricht, daß Minister v. Miquel seine Entlassung erbeten habe und daß sie ihm aller Voraussicht nach gewährt werden würde.

Nun mag den Gestürzten die Herrenhausberufung trösten, ob schon er diese Ehrung mit manchem teilen muß, der frei ist von jeder politischen Vergangenheit.

Verstammte Unterstaatssekretäre. Der bisherige Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt Frisch hat dem Vernehmen nach seinen Abschied nachgesucht. Zu seinem Nachfolger soll der bisherige Ministerial-Direktor der zweiten Abteilung des Reichs-Postamts Sydow in Aussicht genommen sein. Herr Frisch sieht sich offenbar durch die Beförderung des Direktors Kräfte übergeben.

Auch Herr Lohmann, Unterstaatssekretär im preussischen Handelsministerium, beabsichtigt seinen Abschied zu nehmen. Herr Lohmann war unter Herrn v. Bismarck der Kroneger jener milden Socialpolitik, die zum Sturze des Freiherrn v. Bismarck führte. Herr Lohmann blieb unter Bismarck, auch nach dem berühmten Besuche des Generalsekretärs Bued. Wie die „Kreuz-Ztg.“ mitteilt, will der Socialreformer Lohmann, auf den dringenden Wunsch des Ministers Möller, auch unter diesem bisherigen Ausschußmitglied des Centralverbandes der Scharfmacher von seiner Absicht, in den Ruhestand überzutreten, einstweilen noch Abstand nehmen.

Reichstagsdispositionen. Im Seniorenkongress ist am Dienstag auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen worden, vom 14. d. M. bis zum 4. Juni Plenarsitzungen einzutreten zu lassen. Bis dahin soll von dem in West befindlichen Material soviel wie möglich aufgearbeitet werden. Im Seniorenkongress war man übereinstimmend der Meinung, daß neben den bereits in Angriff genommenen Gegenständen die Gesetzentwürfe betr. die Gewerbegerichte und die Seemanns-Ordnung ihre Verabschiedung in dieser Session finden sollen. Hierzu sowie zur Erledigung des Sacharins, des Schaumweinsteuer- und des Branntweinengesetzes wird der Reichstag nach Pfingsten wieder zusammentreten müssen.

Militärischer Schutz für den Kaiser. Am dem Kaiser bei seinem Aufenthalt an seiner Guts herrschaft Cadinen militärischen Schutz zu gewähren unter Entlassung der Thätigkeit von Gendarmen und Polizei, sollen in der Nähe von Cadinen mehr Truppen stationiert werden. Jetzt ist durch die Militärverwaltung dem Magistrat zu Braunsberg die Anfrage zugegangen, ob die bereits mit einem Bataillon Infanterie besetzte Stadt in der Lage und auch geeignet wäre, für die beiden andern Bataillone des Regiments Kasernements zu errichten. Die Stadt wolle sich dazu bereit erklären, so daß dann die erforderlichen Sicherheitskommandos gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in Cadinen von Braunsberg aus nach dorthin kommandiert werden sollen.

Christliche Gewerbevereiner gegen den Brotwucher. In Günstfeld bei Wattencheid (Westfalen) fand am 5. Mai eine Versammlung des christlichen Gewerbevereins statt. Der Referent sprach sich mit Entschiedenheit für die Getreidezölle aus; dann trat jedoch ein Mitglied des christlichen Gewerbevereins auf, welches ausführte, er sei ein Kind des agrarischen Ostelbiens und habe als Landarbeiter bei den Rittergutsbesitzern genügend Hunger gelitten; er sei Gegner dieser Zölle, indem er aus praktischer Erfahrung wisse, daß die Getreidezölle den Kleinbauern und den Landarbeitern nicht zu Gute kämen, denn der Lohn steige infolge des Zolls keineswegs. Die große Majorität der Versammlung erklärte sich mit dem Diskussionsredner einverstanden und gegen den Referent; zugleich sprach man sich mißbilligend gegen Ernst aus, der ein weiteres Zusammengehen der beiden höchsten Arbeitgeber-Organisationen bei Kwappschafswahlen z. hintertreibt. Die anwesenden Ausschußmitglieder des christlichen Gewerbevereins machten sehr verdächtige Gesichter und zogen schweigend ab.

Eisenbahnfragen in Württemberg. Die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer legte am Dienstag, wie aus Stuttgart telegraphiert wird, den Antrag der deutschen Partei, den Ständen Erhebungen über den Anschluß an die preussisch-heiße Eisenbahngemeinschaft vorzulegen, mit 9 gegen 6 Stimmen ab. Mit demselben Verhältnis wurde ein Antrag des Centrums angenommen, der sich aus wirtschaftlichen, politischen und konstitutionellen Gründen gegen das Aufgeben der Selbständigkeit der württembergischen Eisenbahnen ausspricht.

Bei den Gemeinderats-Wahlen in Colmar i. G., die am Sonntag unter ungewöhnlich starker Beteiligung stattfanden (von 5423 eingeschriebenen Wählern stimmten 4336 ab), wurde zum erstenmal ein Sozialdemokrat gewählt. Im ersten, acht Tage früher vorgenommenen Wahlgange waren auf die Liste der Liberalen rund 1900, auf die der vereinigten Liberalen und Demokraten 1800, auf die sozialistische durchschnittlich 500 Stimmen gefallen. Die Liberalen-Demokraten erklärten sich darauf bereit, einen sozialistischen Namen in ihre Liste aufzunehmen, worauf unsere Partei für die Stichwahl die Unterstützung des antiliberalen Kartells beschloß. Die Befürchtung, der sozialistische Bewerber werde infolge von zahlreichen Streichungen seines Namens seitens der bürgerlichen Wähler des Kartells durchfallen, bestätigte sich bei den Wahlen am Sonntag nicht: unser Parteigenosse, Sotter Boissé, erhielt mit 215 Stimmen dieselbe Stimmenzahl wie die übrigen vier Bewerber der vereinigten sozialistischen Parteien, die damit den liberalen Gegner mit etwa 200 Stimmen Mehrheit schlugen. Als Generalprobe für die nächstes Jahr in Colmar stattfindenden allgemeinen Erneuerungswahlen zum Gemeinderat gewinnt dieser Wahlsieg eine erhöhte Bedeutung. Die noch jeder Richtung warm zu begrüßende Befreiung Colmars von der liberalen Rathausverwaltung ist, wie aus den obigen Zahlen hervorgeht, vor allem das Verdienst der Sozialdemokratie, die mit ihren 500 Wählern den Sieg der fortschrittlichen Liste entschied. —

Majestätsbeleidigungs-Prozess. Vor der Deutschen Strafkammer hatte sich der angebliche Anarchist Antonio Popurello aus Curio, Provinz Turin, zu verantworten. Einige Tage vor der Ankunft des Kaisers in Badjona soll der Angeklagte auf die Frage der Italienerin Caprera, ob er sich nach Reudob begeben werde, sich eine Majestätsbeleidigung haben zu Schulden kommen lassen. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Popurello wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Ausland. England.

London, den 3. Mai.
E. O. Die Gesellschaft der Freunde russischer Freiheit hat soeben ihre gewöhnliche Jahresversammlung gehalten. Sie fand in den verhältnismäßig engen Räumen der Cliffords Inn Hall statt, einer der ältesten Adolatenquartiere, welche ein charakteristischer Zug des Londoner Lebens sind, und die zahlreiche Versammlung von Männern und Frauen überfüllte das Lokal. Sie zeigte durchaus ein ernstes Interesse, welches durch die neuesten Ereignisse in den Universitäten Rußlands aufs lebhafteste angeregt war.

Die Gesellschaft datiert nicht von heute und verdient in vollem Maße unser Interesse, — ich hätte beinahe gesagt unsere Achtung — des guten Beispiels, das sie gibt. Sie wurde im Januar 1800 gegründet und ging aus einer Versprechung zweier Engländer mit zwei Russen hervor; einer der ersteren war Dr. Spence Watson, einer der letzteren der mir wohlbekannte Stepania, der mit Friedrich Engels befreundet war, bei dem wir uns trafen. Stepania, der sehr viel zur Aufklärung des englischen Publikums über russische Zustände beigetragen hat, wie vor ihm Alexander Herzen, und dessen ausführliche Auseinandersetzungen die „Times“ gern und wiederholt aufnahm, zählt nicht mehr unter die Lebenden; er erlag einem Eisenbahn-Unfall. Dr. Spence Watson wurde der erste Präsident der Gesellschaft und bekleidete diesen Posten noch immer. Mit zwei andern, den Herren Hyles von Bradford und Thomas Burt, Parlamentsmitglied, ursprünglich Arbeiter, erhielt er ein Hundschreiben, und aus den Zustimmungen zu diesem ging die Gesellschaft hervor. Spence Watson gehört der englischen liberalen Partei an, und zwar demjenigen Teile derselben, der sich nicht durch das Zaubermittel „Imperialism“, durch die Klänge der südafrikanischen Kapitalisten, und die renommierten Werke des verstorbenen Genies Rudyard Kipling in den bedauerlichen Boerentrieg hat hinreißen lassen. Aber an sich hat die Society of friends of Russian Freedom keine ausschließliche Stellung in dem englischen Parteienwesen: es gehören ihr auch konservative an — wobei man übrigens auch bemerken mag, daß ein englischer Konservativer noch lange nicht ein ostpreussischer ist, und sozialistische Führer sind ihren Reichen keineswegs fern geblieben. Die Gesellschaft hat ihr Bestehen, ihre Ziele, ihre Veredlung in einer gewichtigen Broschüre durch Herbert Thompson dargestellt, unter dem Titel, den man wohl so überlegen kann: Was gehen uns die inneren Angelegenheiten von Rußland an? (Are Russian internal Affairs any Concern of ours?) Eine der Spezialaufgaben der Gesellschaft ist, den Opfern der zarischen Willkürherrschaft zu Hilfe zu kommen, und wenn einem solchen gelungen ist, sich Sibirien zu entziehen, ihm im freien Lande beizustehen. Ein solcher ist z. B. Felix Polkovsky, der 1892 aus dem nordostasiatischen Verleß sich hierher gerettet hat, und dessen Schrift hierüber von der Gesellschaft veröffentlicht wurde. Auch andre Proschriften — über die Prügelstrafe, über Religionsverfolgung und Glaubenszwang etc. — sind von der Gesellschaft ausgegangen. Und vielfach erinnert sie uns an die Thätigkeit der Mazzini und seine Freunde von 1860 von England hergeleitet. Sie gibt auch eine Monatschrift „Free Russia“ heraus, welche gegenwärtig von dem genannten Polkovsky geleitet wird; in einer ihrer letzten Nummern befindet sich ein ziemlich ausführlicher Bericht über eine Versammlung der Carthle-Gesellschaft, in welcher die Stellung und Bedeutung Rußlands für die Welt von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet wurde.

In der soeben abgehaltenen Versammlung war neben dem agitatorischen Zweck auch das Band gesellschaftlicher Vereinigung zwischen Russen und Nicht-Russen besonders bemerkbar. Wir hatten sehr gute Musik, insbesondere darf man ein sehr schönes Audante von Tschaikowsky hervorheben, dessen Violenteil von Fräulein Tschailowsky mit andrucksvoller Grazie gegeben wurde. Letzte Ereignisse wurden gereicht. Eine Art Vokal fand statt, bei dem russische Epiken, Stickerien, Spielzeug, Artikel von Bauern verfertigt, zum Verkauf kamen. Unter den Anwesenden bemerkten wir unter andern den Historiker Edmund Maurice, der die Revolutionary Movement of 1848/49 geschrieben hat, und dessen Vater Frederic Denison Maurice das noch bestehende Arbeiterkollegium — Working Mans College gegründet hat, aus dem schon viele verdienstliche Männer hervorgegangen sind. Nachdem der Schriftführer einige Mitteilungen über Angelegenheiten der Gesellschaft gemacht hatte, hielt Polkovsky eine einbringliche und höchst berechtigte Ansprache über die neuesten Entwicklungen der russischen Bewegung und insbesondere über die Ausdehnung derselben von den literarischen Kreisen auf die Fabrikarbeiter und durch diese, bei der Heimkehr in ihre Dörfer, auf die Bauernschaft. Er hob die Punkte hervor, durch welche russische Studenten und deren Behandlung von den westeuropäischen und deren Behandlung seitens der Regierungsschörden abweichen. Er erwähnte das Regierungskreistatut von 1899, welches in durchaus den bestehenden Gelehen widersprechender Weise die Einreihung von Studenten, die bei uns mit längerer oder dauernder Entfernung von der Universität bedacht worden wären, als Gemeine in das Heer versetzt. Er zeigte, wie die neuere Manufaktur-Entwicklung in russischen Städten die Arbeiterbevölkerung zu einem vorher nicht bestandenen Verständnis der freiwiligen Bestrebungen der russischen Studenten geführt habe und wie deren Zusammenfließen die schönste und hoffnungsvollste Aussicht in die Zukunft erschließe. Ihm selbst — so schloß er — und den Leuten der älteren Emigration werde es zwar nicht mehr vergönnt sein, den Tag der Freiheit zu sehen, aber was Moses war es ihm vergönnt, noch aus der Nähe das Land vom Berge herab zu sehen, und wie Simeon werden sie sagen können: „Herr, nun lässest Du Deinen Diener in Frieden fahren, denn meine Augen haben Deinen Heiland gesehen. Man sieht, die religiöse Ausdrucksweise kommt auch diesen Russen leicht zu Sinn und auf die Lippen. Aber man darf daraus nicht schließen,

daß sie ganz und gar zu Tolstoj gehören, für den mit der Bergpredigt alles gesagt ist. Die „Freunde russischer Freiheit“ haben Hochachtung für ihn, und haben auch ein- oder zweimal mit ihm verkehrt, aber ihr Wirken geht ihre eignen Wege. So ist auch sein persönlicher Freund Vladimir Tschertkoff, der bei Bourmouth wohnt — ein ausgedienter Offizier der Garde und Mitglied einer reichen und aristokratischen Familie —, der in beständiger Verkehr mit Tolstoj steht, — zu dieser Versammlung nicht erschienen — sie wäre ihm „nicht heilig genug erschienen“. Letztens darf ich anfügen, daß der Mann vom Löwenberg sich wohl befindet und noch nicht beunruhigt ist.

In Deutschland ist wohl außerhalb der Arbeiterklasse ein ähnlicher Protest unterblieben? Sind die deutschen Universitäts-herren alle zu tauchig? oder gestuchig?

Im Unterhaus erklärte Kolonialminister Chamberlain, seit dem 1. Januar sei in Transvaal kein Gold produziert worden. Am 4. Mai hätten 50 und heute noch 100 Pochstempel den Betrieb begonnen.

Kriegsminister Brodrick erklärte, die Zahl der in Südafrika gefangen genommenen Ausländer, welche behaupten, daß sie nicht Bürger seien, sei folgende: 40 Franzosen, 150 Deutsche, 29 Russen, 23 Amerikaner. Gegenüber behaupten Bürger zu sein 5 Franzosen, 123 Deutsche, 13 Russen und 13 Amerikaner. Es bestehe nicht die Absicht, vor Beendigung des Krieges irgend welche Gefangene freizulassen. —

Der Bericht über den Kohlenausfuhrzoll wurde nach langer lebhafter Debatte mit 333 gegen 227 Stimmen angenommen. Grey, Asquith und andre Liberale, sowie verschiedene konservative sprechen gegen den Zoll. Balfour befreit, daß durch den Zoll die englischen Kohlenproduzenten ihren Markt in den skandinavischen Häfen, in Deutschland oder sonst irgendwo auf dem Kontinent verlieren würden; die durch den Zoll hervorgerufenen Befürchtungen seien grundlos.

Niederlande.

Die Militärgesetze wurden in der zweiten Kammer mit 59 gegen 89 Stimmen angenommen. Durch dieselben wird die jährliche Aushebung von 11 000 auf 17 000 Mann gebracht und die Nationalgarde durch eine Landwehr ersetzt. —

Belgien.

Protokollversammlung. Am 6. Mai fand im Brüsseler Volkshaus ein großes Protokollmeeting über die Studenten-Zwischenfälle in Rußland statt. Van der Velde schloß seine Rede mit einem Appell an ganz Europa, den russischen Studenten und Arbeitern gegen den Zorismus zu Hilfe zu kommen.

Schweden.

Stockholm, 7. Mai. Marineminister Dyrssen hat heute seine Entlassung eingereicht. —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags war für Dienstagvormittag vom Vorsitzenden Graf Stolberg embernufen worden, um die vor dem Offizier begonnene Beratung des Kommissions vom Plenum überwiesenen Antrags Alundowström, betr. Abänderung des Schlußprotokolls des deutsch-russischen Handelsvertrags (Frachttarife für Getreide von russischen Stationen nach Danzig, Königsberg und Memel) fortzusetzen. Es konnte aber in keine Verhandlung eingetreten werden, da von den 28 Mitgliedern keine 15 erschienen waren. Die Kommission war also nicht beschlußfähig.

Zum französischen Streikgesetz.

Die Darlegungen der Pariser Korrespondenz in Nr. 104 des „Vorwärts“ über die Gründe, von denen sich das Generalkomitee der französischen Arbeiterparteien bei Ablehnung des Millerand'schen Streikgesetzes-Entwurfs habe leiten lassen, erfordern einige Bemerkungen unterteilt. Es liegt uns fern, die Mehrheitsentscheidung des Generalkomitees irgendwie anzufassen zu wollen, wir können aber nicht umhin, nachdem wir früher zu einer günstigen Beurteilung des Principes jenes Gezentwurfs gelangt waren, diese Beurteilung auch gegenüber der jetzigen Begründung der Mehrheit des Generalkomitees aufrecht zu erhalten.

Dabei unterliegen wir der Schwierigkeit, die Gründe der Mehrheit des Generalkomitees nicht genügend zu kennen, sagt doch unser Korrespondent selbst, die Diskussion im Generalkomitee sei eine sehr bewegte gewesen, so daß es schwer sei, die Gründe klar zu erfassen; anscheinend hat sich der Korrespondent deshalb entschlossen, die jetzigen Gründe darzulegen, die er selbst als die abschlaggebenden ansieht. Für deutsche Sozialdemokraten erscheint eine solche Diskussion und nachfolgende Entscheidung über einen wichtigen Gezentwurf einigermassen ungewöhnlich.

Die Ablehnungsgründe der französischen Mehrheit sind für deutsche Sozialdemokraten recht liberaltend. Sie sind ganz anderer Art als die Gründe, die in Deutschland gegen den Gezentwurf vorgebracht worden sind. Während z. B. Genosse Legien in seinem sehr wertvollen Artikel in Nr. 300, Jahrgang 1900 unsern Blatts den prinzipiellen Wert des Entwurfs anerkannte, aber zur Ablehnung gelangte, weil die Einzelbestimmungen zur Schädigung der Gewerkschaftsbewegung führen würden — scheinen die französischen Genossen eine Spezialberatung und den Versuch einer Verbesserung des Entwurfs in seinen Einzelheiten überhaupt verworfen zu haben und sind aus „Erwägungen allgemeiner Art“ zur prinzipiellen Verwerfung des Grundgedankens des Entwurfs gelangt.

Diese prinzipielle Verwerfung beruht auf einer überaus seltsamen Unterscheidung zwischen politischer und wirtschaftlicher Demokratie; während die politische Demokratie den „idealen Menschen“ konstruiert, der gleichwertig mit allen andern idealen Menschen sei und deshalb das gleiche Stimmrecht erhalten müsse, besaße sich ökonomische Demokratie mit dem „wirklichen Menschen“, dem keine absolute Gleichwertigkeit mit allen seinesgleichen zukomme. Diese Spaltung des Arbeiters in ein politisches Wesen, dem gleiche Rechte zustehen, und in ein ökonomisches, dem solcher Anspruch nicht zukommt, erscheint uns unverständlich, aber jedenfalls nicht demokratisch und sozialistisch. Die Demokratie mag sich in der Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben andere Organisationen schaffen wollen, als sie für ihre politische Betätigung benötigt. Niemals aber kann sie irgendwo und irgendwo ihren obersten, ihr Wesen ausmachenden Grundsatz der menschlichen Gleichberechtigung verlassen und in den wirtschaftlichen Kämpfen eine privilegierte Stellung an „die Besten“ einräumen. Die Aristokratie des Beispiels und des gewerkschaftlichen Vorkampfs kann nicht eine Aristokratie des Vorrangs vor den noch Unorganisierten werden wollen. Sollte die Lehre von der „Auswahl der Besten“, die die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung ist, gelten, so könnte keine noch so feine erklagte Beweisführung hindern, daß sie auch auf die politischen Rechte der Staatsbürger angewendet würde; es wäre dann nur logisch, für die in sozialdemokratischen Vereinen organisierten Arbeiter ein mehrfaches Wahlrecht zu fordern als für die diesen Vereinen fern Bleibenden. Durch die Lehre von der „Auswahl der Besten“ wäre aber auch jedem reaktionären Unternehmen gegen die Gleichberechtigung offene Bahn gegeben.

Nicht weniger überraschend erscheint uns demselben Sozialdemokraten die scharfe Ablehnung der staatlichen Einmischung in das Arbeitsverhältnis. Selbst ein staatlich geordnetes Schiedsgerichtswesen für wirtschaftliche Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern — das seit langem zu den hauptsächlichsten Forderungen der deutschen Sozialdemokratie gehört — schiebt in Frankreich auf stärksten Widerwillen. Man fürchtet „die Vormundschaft der Centralgewalt“, man fräut sich gegen „jede staatliche Regelung“; die Arbeiter „wollen

nur selbständig handeln“ und der Staat soll nichts weiter thun, als die Freiheit dieser Selbständigkeit sichern. So sehr diese letztere Pflicht des Staats von uns anerkannt wird, sehen wir doch darin die Aufgabe des Staats bei weitem nicht erschöpft. Wollen denn unsere französischen Genossen den gesetzlichen Arbeiterschutz von sich weisen? Wollen sie eine Nötigung zum Eintritt in die Gewerkschaftsorganisationen durch den Staat verwerfen? Wenn sie dies nicht wollen, wie können sie prinzipiell eine staatliche Regelung des Streits ausschließen? Sie mögen die Art, wie Millerand diese Regelung beabsichtigt, kritisieren, sie mögen die Zeit für eine derartige Regelung nicht für günstig erklären — das sind gewiß Fragen, die gründlicher Erwägung bedürfen. Die Motive, von denen unser Korrespondent berichtet, erinnern uns jedoch überaus an individualistische Selbsthilfe und Manchestererei. Es ist wohl kein Zufall, daß der Oberste des deutschen Mandatsterritoriums, Herr Eugen Fischer, die Begründung der Mehrheit des französischen Generalkomitees sofort behaglich in der „Freisinnigen Ztg.“ wiedergab.

Der demokratische und organisatorische Grundgedanke des französischen Streik-Gesetzesentwurfs bedeutet die Einschränkung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die Einschränkung der Selbstherrlichkeit des Unternehmers. Die Ausbreitung dieses Gesetzes durch die Gesetzgebung ist ein eint socialisistisches Unternehmen. Dabei hätten auch wir gewünscht, daß sich der Entwurf noch mehr auf die Gewerkschaften stützte, als er es thut, — aber nicht wegen eines vorübergehenden Herrrechts der Gewerkschaften, im Namen aller Arbeiter zu handeln und zu entscheiden. Die Gewerkschaften sind den Arbeitern unentbehrlich zur Förderung ihrer Arbeitskämpfe; deshalb sind die Gewerkschaften zu fördern und jede Maßregel, die sie schädigt, ist zu bekämpfen. Es liegt auch im Interesse der Arbeiter, daß die Gewerkschaft als Vertretung ihrer Mitglieder dem Unternehmertum gegenübertritt, aber sie wird nur dort als Vertreterin der gesamten Arbeiterschaft auftreten können, wo sie stark genug geworden ist, um von der Masse der Unorganisierten nicht erdrückt zu werden. Aber dadurch kann eine Schädigung der Gewerkschaftsbewegung sicherlich nicht befördert werden, daß schwache Gewerkschaften durch die Ueberzahl der Unorganisierten von einem Streit zurückgehalten werden. Diese Befürchtung scheint es aber zu sein, die nach der Darstellung des Genossen H. L. das Generalkomitee geleitet hat. Ist die Gewerkschaft so schwach, daß sie von Unorganisierten überstimmt werden kann, die gegen den Streik votieren, so spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß aller Kampfesmut der geringen Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder nichts ausrichten würde und daß sie nach erlittener Niederlage zur Arbeit zurückkehren müßten. Solche Rücksicht legen sich gut geleitete Gewerkschaften schon freiwillig auf und sie müssen es um ihrer Existenz willen thun. Sind aber die Organisationen stark, so unterliegen sie schon ihrer Zahl wegen nicht der Gefahr, von den Unorganisierten überstimmt zu werden, sie sind aber dadurch auch in der Lage, auf die verhältnismäßig kleine Zahl der Unorganisierten einen moralischen Einfluß auszuüben. Dann haben sie auch die Kraft, im Namen aller Arbeiter zu reden und zu handeln; im andern Falle nützt es ihnen nichts, auch wenn sie die Besten und Erlesensten ihrer Klasse sind.

Partei-Nachrichten.

Genosse Dr. Schünank ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, am Dienstag in eine Krankenheilanstalt gebracht worden.

Geführte Mäiler. An Stelle der den Genossen Posen's am 1. Mai unmöglich gemachten Mäilerversammlung fand am letzten Sonntag ein Ausflug der Genossen statt, durch welchen gegen die polizeilichen Maßnahmen, wie sie in der Gerichtsverhandlung am 25. April in Posen gegen mehrere Genossen zu Tage gefördert wurde, protestiert werden sollte. Ein zahlreiches Aufgebot von Polizeibeamten in Uniform und ein noch zahlreicheres in Civil sorgte für die übliche Aethung des Staats, Alles verlief in schönster Ordnung, als plötzlich die Musik zu spielen aufhörte. Der Wirt des Gartenlokals war von irgend einer Seite auf die „Gefährlichkeit“ der von ihm beherbergten Gäste aufmerksam gemacht worden und verbot das Weiterspielen. Ein Teil der Gäste verlangte das Eintrittsgeld, das der Wirt an sich genommen hatte, umgestimmt zurück, gleichzeitig wurden Rufe laut: „Polizeipfeife hinaus!“ Ein Polizeikommissarius erschien, erklärte, daß die Rufe: „Polizeipfeife hinaus!“ öffentliches Ungeheiß erregen und forderte die Menge auf, den Garten zu verlassen. Unter Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie ging die Menge nach Hause.

Mäiler in Finnland. Aus Rücksicht auf die herrschenden Gewalten mußte bei der diesjährigen Mäiler von einer Demonstration im freien Abstand genommen werden. In Helsingfors fanden jedoch große Demonstrationen-Versammlungen statt. Die schwedisch sprechenden Arbeiter hatten vormittags Versammlung und mittags fand eine Massenversammlung im finnischen Arbeiter-Vereinshaus statt. Im übrigen begingen noch einige Vereine den Tag durch festliche Veranstaltungen am Abend. Sowohl die in finnischer als auch die in schwedischer Sprache erscheinende Parteizeitung hatten Bestimmungen herausgegeben. — Auch hier und da in den Landstädten wurde der Tag in ähnlicher Weise gefeiert.

Dem Internationalen sozialistischen Komitee ist jetzt auch Japan durch zwei Mitglieder beigetreten; es sind die Genossen Tso Abe und Katsuyama, die das ostasiatische Inselreich im Komitee vertreten. — Den Mitteilungen der sozialistischen, halb in englischer, halb in japanischer Sprache erscheinenden „Labour World“ zufolge herrscht in Japan eine lebhafte sozialistische Bewegung. Am 26. Januar fand in Tokio, der Hauptstadt Japans, eine Konferenz statt, auf der auch die obigen Wahlen vollzogen wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sächsisches. Die Amtshauptmannschaft Chemnitz hat drei Mäilerversammlungen in Zugau und Oelsitz verboten. Begründet wurde das Verbot unter Zufuhrenahme der neuen Perle des sächsischen „Juwels“, des Verbots der Teilnahme Mäilerjähriger an politischen Versammlungen. Um zu einem Verbot zu gelangen, mußte aber noch der Dolus eventualis mit herangezogen werden. Es hieß in dem Entscheid, daß nicht die „Gewähr“ gegeben sei, daß nicht doch — trotz Aufforderung zum Enternen — Minderjährige sich unter die Volljährigen mischen könnten. Eine solche Möglichkeit ist natürlich immer vorhanden, das Gesetz sieht aber Strafen vor für Zuwiderhandelnde; bleibt nach erfolgter Aufforderung des Vorsitzenden, den Versammlungsraum zu verlassen, ein Mäilerjähriger darin, so thut er dies auf seine Gefahr, keinesfalls aber giebt das Gesetz der Polizei eine Handhabe, Versammlungen zu verbieten, weil eventuell eine Gesetzesübertretung verübt werden könnte. Das hieße die Versammlungsfreiheit vollkommen aufheben; unsere Chemnitzer Parteigenossen haben allen Grund, wenn sie die oben bezeichneten Fälle zum Anlaß einen energischen Protestes nehmen.

— Wegen Beleidigung eines Polizeiergeanten wurde Genosse Duth in Brandenburg vom dortigen Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sociales.

Die Aufgaben eines Arbeiterausschusses können unter Umständen recht mannigfaltig sein; so erließ der Arbeiterausschuß der kaiserlichen Werft in Kiel folgende Bekanntmachung: „Verfahre! Wie Ihr wißt, begrüßt man Seine Majestät den Kaiser auf offener Straße durch „Hurra-Rufen“. Im Betriebe der Werft erscheint dies nicht als angängig. Gute Sitte und Anstand erfordern es dann aber, daß wir durch Abnehmen der Kopfbedeckung und Stehenbleiben unserm Landesherren ehrfurchtsvoll begegnen.“

Reichstag.

90. Sitzung vom Dienstag, den 7. Mai 1901; nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsseite: v. Gofler.

Abg. Müller (noll.) hat infolge seiner Ernennung zum preussischen Handelsminister sein Mandat niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation Herold (C.):

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vormusterungen der Pferde für militärische Zwecke auch in diesem Jahre wieder in weitem Umfang während der Saatzeit stattgefunden haben?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, in Rücksicht auf den landwirtschaftlichen Betrieb dahin zu wirken, daß diesem Uebelstand für die Zukunft abgeholfen werde?

Kriegsminister v. Gofler erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Herold (C.):

Die Begründung der Interpellation liegt im Wortlaut derselben. Die Lasten, welche die jetzt alljährlich stattfindende Vormusterung der Pferde der Landwirtschaft auferlegt, trägt sie gern aus Patriotismus. Umso mehr glaubt sie mit Recht verlangen zu können, daß diese Vormusterungen nicht in einer so unglückseligen Zeit, wie die Saat- und Erntezeit verlegt werden. Trotz mehrfacher Beschwerden im Abgeordnetenhaus und Reichstag ist Abstellung dieses Uebelstandes nicht erfolgt, daher hielt ich den Weg der Interpellation für geboten.

Kriegsminister v. Gofler:

Auf die Interpellation kann ich zunächst erwidern, daß die Ausmusterung zur Kompetenz der Provinzialbehörden gehört, und mit Rücksicht auf die zweite Frage glaube ich versichern zu können, daß ungewissheit die Verläsungen sich in Zukunft vermeiden lassen werden. Seit 1898 ist der Versuch gemacht worden, die Pferdewormusterung anders zu gestalten wie früher. Im vorigen Jahre ist die ganze Organisation mit Zustimmung des Reichstags dahin geändert worden, daß ständige Vormusterungskommissionen ernannt werden, für jeden Landwehrbezirk einer. Nach den neuesten Bestimmungen teilen diese ihre Bezirke in möglichst kleine Teile, damit eine möglichst geringe Verläsungen der Pferde haltenden Bevölkerung eintritt. Eine Zusammenziehung von Pferden aus mehreren Orten ist thöricht zu vermeiden. Auf die örtlichen und jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse ist Rücksicht zu nehmen. Die Zeit der Ausmusterung usw. wird mit den Landräten und Oberpräsidenten vereinbart. In diesem Jahre werden wahrscheinlich noch Ausmusterungen in der Saatzeit stattfinden müssen, da die Kommissionen erst zum 1. April ernannt sind und die Ausmusterungen bis zum 1. November fertig sein müssen. Das ist aber nur eine Uebergangszeit. Für die Zukunft wird die Neuordnung die Verläsungen der Landwirtschaft hoffentlich vermeiden lassen.

Auf Antrag Gröber (C.) wird hierauf in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Deppen (noll.)

begründet die Erklärung des Kriegsministers. Die Erklärung beweist, daß die Regierung seinerseits gewillt ist, die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft zu berücksichtigen, ohne andererseits die Wehrfähigkeit des Landes außer acht zu lassen.

Abg. Dr. v. Levetzow (L.):

In der Sommerzeit müßten überhaupt keine Vormusterungen abgehalten werden. Die Civilbehörden tragen an den Zuständen keine Schuld, sie bekommen ihre Anweisungen von den Offizieren.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserlautern (W. d. L.):

Es kommt häufig vor, daß die Pferde einen ganzen Tag lang den Weisern entzogen werden. Zum mindesten müßten doch in solchen Fällen an die Landwirte Entschädigungen gezahlt werden.

Kriegsminister Gofler:

Das Kriegsministerium kann sich natürlich nicht um die einzelnen Ausmusterungen kümmern. Beschwerden im einzelnen Fall wären bei den Landräten, Oberpräsidenten usw. anzubringen.

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.):

Der einzig richtige Ausweg wäre, daß die Offiziere für den späten Herbst und Vorkriegszeit kommandiert würden und nicht wie jetzt vom Frühjahr bis Herbst. Das Entgegenkommen des Herrn Kriegsministers erkennen wir gern an, hoffentlich handeln die nachgeordneten Behörden in seinem Sinne. Herrn Deppen möchte ich bitten, in Konsequenz seiner heutigen Stellungnahme bei Beratung des Posttarifs dafür zu sorgen, daß unsere einheimische Pferdezucht durch möglichst hohe Zölle geschützt werde.

Nach weiteren Bemerkungen des Kriegsministers v. Gofler, sowie der Abg. Gröber (C.), Köstler-Kaiserlautern (W. d. L.), Herold (C.), Graf v. Roon (L.) schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die folgende Interpellation des Abg. Singer (Soc.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften den chemischen Fabriken in Griesheim gegenüber außer acht gelassen sind und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um derartige Ungeheuerlichkeiten für die Zukunft zu verhindern?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Abg. Hoch (Soc.):

Der Vorfall, auf den sich die Interpellation bezieht, ist Ihnen allen wohl aus der Zeitung bekannt. Am 25. v. M. wurde in der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron durch ein Feuer in der Pikrinanilagen eine furchtbare Explosion herbeigeführt, bei der 24 Personen ums Leben kamen, eine große Zahl von Arbeitern und sonstigen Angestellten Verletzungen erlitt und ein erheblicher Schaden an Fabrik und Gut der Einwohner der umliegenden Ortschaften verursacht worden ist. So bedauerlich der Vorfall an sich ist, wurde er uns doch nicht zu der außergewöhnlichen Wohnnahme einer Interpellation veranlaßt haben, denn bei der heutigen Produktionsweise dürfen ja alljährlich Tausende von Arbeitern bei ihrer Arbeit Leben und Gesundheit einbüßen. (Sehr richtig! bei dem Socialdemokraten.) Und veranlaßt zu unsrer Interpellation die Thatsache, daß die für die Genehmigung konzessionspflichtiger Anlagen nach den Landesgesetzen zuständigen Behörden in diesem Falle diejenigen Vorschriften völlig außer acht gelassen haben müssen, welche ihnen durch Reichsgesetz zum Schutz der Arbeiter auferlegt worden sind. Wenn sich diese Vermutung bestätigt, dann läge hier nicht ein unglücklicher Zufall vor, sondern man müßte vermuten, daß sich ähnliche Unglücksfälle ebenso leicht bei allen gleichartigen Betrieben jeden Augenblick ereignen können. Gerade gegenüber den chemischen Fabriken sind ganz besonders weitgehende Schutzmaßnahmen vorgeschrieben. Vor der Genehmigung hat die zuständige Behörde zu prüfen, ob erhebliche Gefahren oder Verläsungen für das Publikum durch die Anlage herbeigeführt werden können. Daß das bei der chemischen Fabrik „Elektron“ der Fall war, hat die Explosion gezeigt. Das ist aber auch der Behörde bekannt gewesen. In dem Gewerbe-Inspektionsbericht aus den Bezirken Havel und Wiesbaden vom Jahre 1890 wird ausdrücklich die Griesheimer Anlage erwähnt.

Es heißt da, daß die Trockenanlage ganz isoliert von anderen Gebäulichkeiten liegt und mit mehreren nach außen ausgehenden Thürnen versehen ist, damit bei etwa eintretendem Entzünden der Pikrinanilagen den Arbeitern das schnelle Verlassen der Anlage möglich ist. Die Arbeiter dürfen den Raum nur mit Hilfsleuten betreten. Solche Vorsichtsmaßnahmen werden natürlich nur getroffen bei überaus gefährlichen Anlagen. Auch der Betriebsleitung war die furchtbare Gefahr bekannt, denn unmittelbar vor der Explosion forderte der Betriebsleiter Prof. Kepsius die Arbeiter auf, sofort das Gebäude zu verlassen. Endlich steht auch fest, daß die Arbeiter wußten, was auf dem Spiele stand. Nach dem Bericht der „Frankf. Zeitung“ haben einzelne Arbeiter im Widerspruch zu dem Reglement, das ihnen vorschreibt, dort zu bleiben und bei den Feuerlöscharbeiten Hilfe zu leisten, den Raum verlassen, in der Annahme, daß im nächsten Augenblick eine furchtbare Explosion erfolgen müsse. Trotz dieser Thatsache ist gestern Abend in der „Frankfurter Zeitung“ eine amtliche Mitteilung des Frankfurter Polizeipräsidenten veröffentlicht worden, in welcher es heißt: „Alle bisherigen, während vieler Jahre gemachten Erfahrungen über das Verhalten der Pikrinanilagen beim Verbrennen, sowie die zahlreichen angestellten wissenschaftlichen Untersuchungen haben zu der Annahme geführt, daß die Gefahr einer Explosion als außer dem Bereich der Möglichkeit anzusehen ist.“ Diese amtliche Erklärung steht im Widerspruch mit der Erfahrung der Sachkundigen und der Thatsache der Explosion selbst. Es ist bedauerlich, daß in dieser Weise von oben herab die Dinge vertuscht werden. Die Gefahr bei einer Explosion der Pikrinanilagen war um so größer, als in unmittelbarer Nähe dieser Anlage sich ein riesiges Benzolnager befand, dessen Umfang schon daraus zu ersehen ist, daß es für eine Million verpackt war. Glücklicherweise trieb der Wind die Flammen nach der dem Benzolnager entgegenliegenden Richtung. Bezeichnend ist es, daß es in der amtlichen Mitteilung weiter heißt: „Wesentliches des Benzolnagers lag zwar die Möglichkeit eines Brandes, aber keine Explosionsgefahr vor.“

Was ist denn nun seitens der Betriebsleitung zum Schutze der Arbeiter geschehen? Es befand sich eine große Anzahl von Hydranten über und unter der Erde innerhalb der Fabrikanlagen und eine Dampfströme. Als es sich darum handelte, die Flammen gleich zum Erlöschen zu bringen, versagten die Hydranten. Viel schlimmer ist aber die Thatsache, daß während das Feuer um 3 Uhr ausbrach, d. h. um die Zeit, als gerade die Vesperpause eintrat, die Arbeiter nicht gewarnt wurden. Man ließ sie ruhig in den Speisesaal, der unmittelbar in der Nähe der Feuerhelle lag, und die Beamten ließ man bei der Arbeit. Der Brand konnte nur eine solche Ausdehnung erreichen, weil absolut nichts zur Vorbereitung eines solchen Falles geschehen war. Ueberhaupt steht es mit der Hygiene in jener Fabrik überaus traurig. Für 2000 dort beschäftigte Arbeiter ist ein einziger Arzt angestellt, der außerdem noch eine ausgedehnte Privatpraxis hat. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Wie gefährlich die Anlagen sind, geht daraus hervor, daß einzelne derselben von den Arbeitern Schlachthäuser genannt werden. Die Arbeiter warnen jeden, dort einzutreten, und daher leiden die Fabriken an permanentem Arbeitermangel. Die Folgen davon sind, daß die Angestellten mit Arbeiten überhäuft sind und oft an Stellen beschäftigt werden, wofür sie nicht eingearbeitet sind. Infolge dessen ist natürlich die Zahl der Verletzungen außerordentlich groß. Die „Frankfurter Volksstimme“ berichtet, daß kranke Arbeiter oft bis zu ihrem Tode in dem Speisesaal, den die gesunden Arbeiter benutzen müssen, liegen gelassen werden und von da direkt nach dem Kirchhof transportiert werden in einer Weise und in einem Sarge, die die beste Entlastung der Ueberlebenden hervorruft. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Wir fragen also den Herrn Reichskanzler, weshalb die Pikrinanilagen nicht von den anderen Betrieben so weit entfernt waren, wie es die Explosionsgefahr nötig machte, weshalb die Benzolnager nicht einen völlig gesicherten und für die Umgebung ungefährlichen Platz hatten, weshalb das Feuerlöschwesen nicht in Ordnung gehalten und die nötigen Vorbereitungen für den Fall einer Explosion nicht getroffen waren, und weshalb die sanitäre Fürsorge für die Arbeiter in so arger Weise vernachlässigt worden ist. Das Unternehmen hat sich glänzend entwickelt, die Aktionäre bekommen hohe Dividenden, während die Arbeiter mit den traurigsten Löhnen abgepeist werden. Hat die Behörde sich um all diese Dinge nicht gekümmert oder hat die Fabrikleitung unwahre Angaben gemacht? Ich habe einen besonderen Grund, gerade die letzte Frage von dieser Stelle aus an die Regierung zu richten. In dem Gewerbe-Inspektions-Bericht aus Wiesbaden vom Jahre 1876 wird ausdrücklich darüber gesagt, daß es den Gewerbe-Inspektoren nicht möglich sei, die Konzessionsurkunden von den Inhabern konzessionspflichtiger Anlagen zu bekommen, ohne die eine richtige Kontrolle gar nicht möglich ist. Bei der Revision einer chemischen Fabrik habe es sich herausgestellt, daß Stoffe von höchst giftiger Wirkung dort angefertigt wurden, wovon in der Konzessionsurkunde nichts bekannt war.“ Bezüglich dieser Stelle auf die Griesheimer Fabrik und hat die Betriebsleitung etwa bis auf den heutigen Tag dem Geseh ein Schnippchen geschlagen? Weiter müssen wir fragen, ist festgestellt worden, in welchem Maße die Berufsangehörigen schäften ihrer Pflicht nachgekommen sind. Haben sie Unfallverhütungsvorschriften erlassen und vor allem waren diese wirklich praktisch und ist ihre Durchführung kontrolliert worden? Es muß festgestellt werden, wie oft im Lauf der Jahre diese Fabrik seitens der Berufsangehörigen kontrolliert worden ist. Nach den Mitteilungen, die mit von beteiligten Kreisen zugegangen sind, muß die Kontrolle überaus selten stattfinden.

Schließlich ist aber auch die Betriebsleitung haftbar zu machen. Sie hat nach der Gewerbe-Ordnung die Arbeit so einzurichten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind, soweit es die Natur des Betriebs gestattet. Freilich ist dieser Arbeiterschutz ausschließlich von dem guten Willen der Beamten und Unternehmer abhängig. Die Entscheidung liegt bei den Kreis- und Bezirksausschüssen. In ihnen sitzen infolge des Dreiklassen-Wahlrechts keine Arbeitervertreter, und die Angehörigen dieser Ausschüsse sind von der Betriebsleitung abhängige Leute. Der wirksamste Schutz gegen solche Unglücksfälle ist die Veranziehung der Arbeiter bei Erlass der Unfallvorschriften. Gerade in Griesheim konnten die Arbeiter die Gefahr ganz genau wiederholt sind Explosionen erfolgt, die durch die Arbeiter unschädlich gemacht worden sind. Noch kurz vor dem Unglück ist von einer sogenannten Bombe ein circa 20 Centner schwerer Deckel in die Luft geflogen und ganz in der Nähe des Benzolnagers eingeschlagen. Die Arbeiter hätten also die in Betracht kommenden Behörden auf die Gefahr aufmerksam machen können. — Unerhört ist die Rücksichtslosigkeit der Behörden gegenüber dem Publikum. Weiten Kreisen lag natürlich an einer authentischen Darstellung der Vorgänge, die Behörden sahen sich aber nicht zu irgend einer Mitteilung veranlaßt, bis gestern Abend die schon erwähnte Veröffentlichung erfolgte, die mir Vertuschungszwecken diene. Schon die Thatsache, daß sie einen Tag vor der Interpellation erfolgt ist, charakterisiert ihre Bedeutung. In dem allen kommt noch, daß man den Leuten in der Umgebung gleich in der ersten Zeit der Aufregung zu verstehen gegeben hat, daß sie auf Entschädigung keinen Anspruch hätten, weil es sich um keine Dampfexplosion handelte. Das ist ein geradezu unerhörtes Verfahren.

Ganz ähnliche Zustände wie in der Griesheimer Fabrik bestehen bei den nahe dabei gelegenen Höfcher Farbwerken. Auch dort befindet sich das Benzolnager in unmittelbarer Nachbarschaft der Fabrik und der Arbeiterwohnungen, auch dort ist nur ein Arzt für 6000 Arbeiter angestellt, der Sanitätsrat und Kreisphysikus ist und so diese traurigen Zustände mit seinem amtlichen Charakter deckt.

Nach den erwähnten Thatsachen ist es klar, daß das Unglück nicht an einzelnen Personen liegt, sondern in dem ganzen System begründet ist, so daß also die Gefahr vorliegt, daß auch andere Fabriken davon betroffen werden. Deshalb haben wir unsere Interpellation eingebracht. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Der Herr Interpellant hat zwei Hauptausstellungen gemacht. Erstens, daß seitens der Regierung keine Untersuchung eingeleitet worden sei, und zweitens, daß kein authentischer Bericht veröffentlicht worden sei. Ich hätte gewünscht, daß wenn die Socialdemokraten eine Interpellation beabsichtigten, sie damit noch einige Wochen gewartet hätten. Wenn nämlich ein solches Unglück erfolgt, das solche Verhörungen hervorgerufen hat, bei dem der maßgebende Chemiker getötet worden ist und zahlreiche andre Jengen noch schwer daniederliegen, so ist die Untersuchung sehr schwierig und kann nicht so schnell abgeschlossen werden. Die weitere Schlussfolgerung ist die, daß vor Abschluß der Untersuchung kein authentischer Bericht veröffentlicht werden kann. Ich will mich, da der neue Handelsminister durch die Geschäfte, die sein Amtsantritt im Gefolge gehabt hat, verhindert ist, heute hier zu erscheinen (weiter), der Verantwortung der Interpellation unterziehen und mich streng an das Thema probandum halten. In der Interpellation wird gefragt, ob der Reichskanzler weiß, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften von den chemischen Fabriken in Griesheim außer acht gelassen sind. Nach § 16 der Gewerbe-Ordnung bedarf die Anlage von chemischen Fabriken der staatlichen Genehmigung und diese Genehmigung ist von den nach den landesgesetzlichen Vorschriften zuständigen Behörden zu erteilen. Die zuständigen Behörden sind in diesem Fall der Bezirksausschuß resp. der Kreis-Ausschuß. Es fragt sich also ganz einfach, liegt eine Konzession nicht vor für die Fabrik, obwohl sie konzessionspflichtig ist. Ich habe nicht gehört, daß der Interpellant das behauptet hätte. (Lachen links.) Schon aus dieser gesetzlichen Sachlage geht hervor, daß eine Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht vorliegt. Es wäre nur aber möglich, daß nicht alle Vorbedingungen, welche man nach dem Stande der Technik und Wissenschaft zu stellen berechtigt ist, bei der Konzessionserteilung erfüllt worden sind. Aber auch das ist nicht der Fall. Pikrinanilagen sind nämlich an sich kein explosiver Stoff. Sie werden nicht nur zur Herstellung von Sprengstoffen benutzt, sondern auch zur Herstellung von Farbe und als Zwischenstoff bei der Farbefabrikation. Pikrinanilagen, so glaubte man, bieten absolut keine Explosionsgefahr, so lange sie noch feucht ist. Eine solche wurde erst angenommen bei dem Trocknungsverfahren. Soweit nun das amtliche Material reicht, ist die Explosion in Griesheim erfolgt, als sich die Pikrinanilagen noch im Stadium der Feuchtigkeit befand. Zwei große Kristallisationsströme mit feuchter Pikrinanilagen sind expodiert, wo aber die Pikrinanilagen im Trocknungsverfahren lag, da ist überhaupt keine Explosion erfolgt. Der Vorredner irrt sich auch. Die Vorschriften der lgl. Regierung in Wiesbaden beziehen sich nicht auf die Explosionsgefahr von Pikrinanilagen, sondern auf das beim Trocknungsverfahren zu beobachtende Verhalten. Es steht einmal fest, daß für die Fabrik eine Konzessionspflicht erforderlich war und daß diese Konzession erteilt worden ist. Es steht ferner fest, daß die Explosion in einem Stadium des Kristallisationsprozesses erfolgt ist, wo sie nach den bisherigen Ergebnissen von Technik und Wissenschaft ausgeschlossen erschien. Es liegt eben eine vollkommen neue Erfahrung vor. Daß die Fabrikleitung selbst in dem Glauben war, daß von feuchter Pikrinanilagen eine Explosion nicht zu befürchten war, beweist der Umstand, daß der leitende Chemiker an eine solche Explosion nicht glauben wollte, sondern gesagt hat, die feuchte Pikrinanilagen werde einfach abtrocknen, aber nicht explodieren, und daß er selbst diesem Jrcum zum Opfer gefallen ist. Wenn nun jetzt festgestellt, daß Pikrinanilagen auch im feuchten Stadium explodieren kann, so kann doch daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß die Behörden irgendwelches Verschulden trifft. Freilich wird weiter zu prüfen sein, ob für die Pikrinanilagenbetriebe nicht weitere Bedingungen zu stellen sind. Auch der Fabrikverwaltungsinspektor hat seine volle Schuldigkeit gethan. Die Fabrik wollte ein anderes Fabrikationsverfahren einführen, wozu eine Konzession noch nicht vorlag. Der Gewerbe-Inspektor hat noch wenige Wochen vor dem Unglück die Fabrik revidiert und gefunden, daß, als nach dem alten Verfahren fabriziert wurde, alles in Ordnung war. Die Verletzung irgend einer reichsgesetzlichen Vorschrift muß also benannt werden. Selbstverständlich wird der Reichskanzler Veranlassung nehmen, sich mit den veränderten Regierungen in Verbindung zu setzen, um neue geeignete Vorschriften zu erlassen. Die Ausführung bleibt aber den Einzelstaaten vorbehalten. Ob es möglich sein wird, allgemeine Normativbestimmungen von Reich wegen zu erlassen, scheint mir zur Zeit zweifelhaft. Im Jahre 1872 war man allgemein der Meinung, solche Vorschriften nicht zu erlassen, sondern lieber jeden Betrieb individuell zu behandeln. So bedauerlich der Fall ist, so kann ich nur erklären, daß aus dem, was der Interpellant vorgebracht hat, nicht gefolgert werden kann, daß die Voraussetzungen der Interpellation richtig sind. Ich kann Ihnen aber versichern, die Untersuchung wird streng geführt werden, und es werden alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen erlassen werden.

Auf Antrag des Abg. Singer findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Müller-Kulda (C.) (auf der Tribüne schwer verständlich)

weist den Staatssekretär auf den § 120a der Gewerbe-Ordnung hin, der hier gleichfalls in Frage komme. Die chemische Fabrik Elektron ist wie aus einem Schreiben hervorgeht, das dem Redner von der Fabrikdirektion zugegangen ist, jetzt selber der Ansicht, daß der Betrieb nach den vorliegenden Erfahrungen so gefährlich ist, daß er in der alten Weise gar nicht wieder eingerichtet werden kann, sondern daß Anforderungen erfüllt werden müssen, wie bei den Dynamitfabriken. Ist das der Fall, dann ist der Bundesrat auf Grund des § 120a bevollmächtigt, Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu treffen. Ist die Explosion durch eine Nachlässigkeit erfolgt, so müssen die Schuldigen zur Strafe gezogen werden. Aber mit dem Urteil darüber muß gewartet werden, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Angesichts der eminenten Gefahren, die den Arbeiter in der Pikrinanilagen-Fabrikation bedrohen, sollte der Bundesrat nicht zögern, auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung einzugreifen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Wurm (Soc.):

Wäre es richtig, daß Pikrinanilagen nur in trockenen Zustände explosiv ist, wie der Herr Staatssekretär behauptet, dann wäre der Weg allein gangbar, den Herr Müller angegeben hat. Thatsächlich liegen die Dinge aber anders. In jedem Handbuch der technischen Chemie ist zu lesen, daß Pikrinanilagen, sobald sie überhitzt wird, explosiv wird. Pikrinanilagen, die beim Trocknen überhitzt wird, explodiert. Darin liegen Erfahrungen vor. So ist der Brand der Wienerischen Farbenfabrik in Elberfeld vor einem Jahre durch Explosion von Pikrinanilagen erfolgt. (Hört, hört!) Die Elberfelder Bürger haben sich bemüht, die gefährliche Fabrik aus den Mauern ihrer Stadt zu entfernen. Da aber leider die Kreise, die darüber zu befinden hatten, die Pikrinanilagen nicht für gefährlich hielten, so ist dem Verlangen nicht nachgegeben worden.

Zweifel haben aber doch schon bestanden. Das geht aus dem Bericht hervor, die der Gewerbeinspektor erließ, danach sollen die Arbeiter die Räume, wo Pikrinäure lagert, nicht mit gewöhnlichem Säurewert betreten, sondern in Hülfsräumen. Diese Bestimmungen stehen wörtlich unter den Vorschriften für Fabriken explosionsfähiger Körper. Der Gewerbeinspektor hat dadurch instinktiv gezeigt, daß er eine Explosionsgefahr annimmt. Der Vorwurf, den wir gegen diejenigen, die die Konzession zu erteilen haben, erheben, besteht darin, daß man nicht mit der Möglichkeit einer Explosion der Pikrinäure im feuchten Zustande infolge von Ueberhitzung gerechnet hat. Eine solche Ueberhitzung tritt natürlich auch ein, wenn ein Brand entsteht, und das Gebäude sich ergibt, in dem feuchte Pikrinäure sich befindet.

Die Interpellation hat die Absicht, darauf hinzuwirken, daß von maßgebender Seite festgestellt wird, ob wirklich nur Pikrinäure, Trinitrophenol in Griesheim hergestellt worden ist. In der „Chemischen Zeitschrift“ ist mit besonderem Stolz darauf hingewiesen worden, daß in Griesheim auch Trinitrobenzol hergestellt würde, das in jedem Zustande explosionsfähig ist. Das Trinitrobenzol wird seit 1895 dort hergestellt. Eine Erweiterung oder Erneuerung der Konzession ist aber nur notwendig, wenn wesentliche Veränderungen im Betrieb vorkommen. Die Fabrikleitung oder der leitende Chemiker kann ja auch der Meinung gewesen sein, es seien keine wesentlichen Veränderungen in der Fabrikationsmethode eingetreten, wenn er zu experimentellen Zwecken Trinitrobenzol herstellt. Es muß nun nachgefragt werden, ob nicht dieser Stoff bei der Explosion besonders in Mitleidenschaft gezogen ist. Auch die „Chemiker-Zeitung“, das fachwissenschaftliche Organ, sagt in ihrer Nummer vom 1. Mai über den Griesheimer Unglücksfall: „Wodurch die Explosion entstanden ist, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Für jeden Sachkundigen liegt es aber auf der Hand, daß die Pikrinäure im Feuer austrocknete und dann explodierte. Diese Auffassung kommt auch in einem Briefe der Fabrikleitung an den Kollegen Müller zum Ausdruck. Wenn die Pikrinäure explosionsfähig ist, so hätten doch die Vorschriften für die Errichtung der Fabrik ebenso getroffen werden müssen, daß die nötigen Vorsichtsmaßnahmen erfolgt wären.“

Der Staatssekretär ist uns noch Auskunft schuldig über die weitere Frage: Wie steht es mit den ungeheuren Mengen Benzol, die in der Nähe der Fabrik lagerten? Benzol ist nicht bloß brennbar, sondern wie jeder Körper, der Gas entwickelt, explosionsfähig, wenn es in geschlossenen Gefäßen brennt. Waren nun die Benzolmengen in Griesheim mit einer automatischen Vorrichtung versehen, die den Benzolgasen, wenn das Benzol brennt, den Abzug gestattet? Es wird darauf hingewiesen, daß eine Vorrichtung bestand, Wasser einschießen zu lassen. Aber das ist ja auch nur möglich, wenn jemand da ist, der die Bestimmung behält. Diese Einrichtung gewährt keine Sicherheit. Es ist an sich unverantwortlich, daß eine halbe Million Liter Benzol da lagert und daß in der Nähe eines so brennbaren Stoffes Pikrinäure sich befindet. Sobald also eine Explosion erfolgte, gerieten die Benzolmengen in Brand, und dann bestand die Gefahr, daß die ganze Ortschaft Schwannheim geradezu vom Erdboden verschwunden wäre. Jeder Tropfen Benzol nur in bestimmten kleinen Quantitäten lagern. Minimale Sicherheitsvorschriften bestehen. Hier aber hören wir nichts darüber. Wir haben dann weiter gefragt: Wie kommt es, daß eine solche Fabrik unmittelbar an einer belebten Wasserstraße und an der Landstraße errichtet werden durfte? Braucht eine solche Fabrik, wie zu begreifen ist, eine Wasserstraße, dann kann sie einen Kanal bauen. Entweder sind die Konzessionsvorschriften unzureichend oder der Kreis- und der Bezirksausfluß haben die Konzession ohne genügende Vorfrist erteilt. So gefährliche Betriebe dürfen nicht an einer Land- oder Wasserstraße liegen. In Griesheim wird nicht Pikrinäure allein produziert, sondern auch anderes explosionsfähiges Körper. Für den ganzen Betrieb hätten die Vorschriften über die Sprengstoffabfuhr angewandt werden müssen. Die Frage, ob bei größerer Aufmerksamkeit der Fabrikleitung die Explosion hätte vermieden werden können, kann heute nicht beantwortet werden, wo die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Darin stimme ich meinem Kollegen Hoch ganz zu, daß in allen derartigen Fabriken viel Unheil vermieden werden könnte, wenn man sich nicht auf die Beamten allein verlassen wollte, sondern die Arbeiter des Betriebs selber ständig Kontrolle ausüben könnten, wenn man Vertreter der Arbeiterschaft mit zur Gewerbeinspektion heranziehen wollte. Der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß der Gewerbeinspektor noch wenige Wochen vor dem Unfall alles gut gefunden hätte. Das klingt nicht sehr glücklich für unsere Inspektionsmethode. Ich erhebe keinen Vorwurf gegen den Beamten, an der Methode liegt es. Beim Durchspazieren, beim Zusehen beim Betriebe lernt man nichts, nur wenn man ständig im Betriebe zu tun hat, weiß man Bescheid. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Frage der Entschädigung anlangt, so fällt sich die Veranlassung auf etwas, was die Regierung und die Konzessionäre bestritten. Diese sagten, wir haben keine Explosionsstoffe hergestellt, das Unglück war nicht vorzusehen. Die Veranlassung aber will nicht zögen, weil eine Explosion vorgekommen sei. Wenn die Untersuchung feststellt, daß eine Explosion vorlag, die nach den bisherigen Erfahrungen nicht erwartet werden konnte, dann hat die Fabrik, der ein bequemere Betrieb erlaubt war, einen materiellen Vorteil gehabt, und sie ist nicht bloß moralisch, sondern auch juristisch verpflichtet, den Schaden, den die Bewohner der Umgegend durch die Zerstörung von Eigentum erlitten haben, zu ersetzen. Es ist Aufgabe der Regierung, hier einzuschreiten.

Entschieden muß ich mich gegen den amtlichen Polizeibericht, den gestern das Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ gebracht hat, wenden, besonders da der Staatssekretär erklärt hat, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Die Polizeibehörde aber behauptet schlankwegs, die Explosion sei nur durch besondere nicht vorherzusehende Umstände erfolgt, und es hätte keine Gefahr für das Benzolinhalte bestanden. Mit solcher Bestimmtheit sollten solche Erklärungen nicht abgegeben werden. Die überflüssige Pikrinäure ist explosionsgefährlich auch nach der Fabrikation. In den Färbereien liegen große Mengen von Pikrinäure unter Bedingungen, die nicht den Bestimmungen über das Lagern von so fürchtbar gefährlichen Stoffen entsprechen. Ich hätte den Wunsch, daß die Vorschriften über die Aufbewahrung der Pikrinäure verschärft würden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe nur eine Tatsache zu berichten. Die Ursache des Brandes der Bauerschen Fabriken in Elberfeld war eine ganz andre. Der Brand ist ausgebrochen in einem Raum, der gar nicht mehr zu Fabrikationszwecken benutzt wurde und nur früher dazu benutzt worden war. In ihm waren Reste von Pikrinäure vorhanden, sie haben sich wahrscheinlich verbunden mit den salzigen Salzen des Erdbodens. Dann entstehen aber Nitrate, die außerordentlich explosionsgefährlich sind, und durch sie ist die Explosion in Elberfeld erfolgt. Hier lag also eine ganz andre Ursache vor als in Griesheim. Ich glaube auch, wir würden zu weit gehen, wollten wir unter die Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes alle explosionsgefährlichen Stoffe bringen. Dann müßten ja auch Spiritus und Petroleum unter die strengen Bestimmungen, die für Sprengstoffe gelten, gebracht werden. Die Vorschriften, die der Gewerbeinspektor in Elberfeld erlassen hat, bezogen sich nicht auf die feuchte, sondern auf die getrocknete Pikrinäure. Da war es ganz korrekt, wenn den Arbeitern vorgeschrieben wurde, Hülfsräume zu tragen. Ich will mich nicht mit Herrn Bunn, der Chemiker ist, streiten, ob Pikrinäure durch Ueberhitzung explosiv wird. Mir scheint die Vermutung näher zu liegen, daß infolge des Brandes in Griesheim die feuchte Pikrinäure eingetrocknet ist und daß dann brennende Teile des Daches herabgestürzt sind und sie zur Explosion gebracht haben.

Ein Regierungskommissar:

Das Benzinlager ist vollkommen vorchriftsmäßig eingerichtet gewesen, von ihm ging keine Gefahr aus, das haben auch die Tatsachen bewiesen. Redner giebt die weiteren technische Erläuterungen über die Explosionsmöglichkeit der Pikrinäure, die auf der Treiblinie unverändert bleiben. Der in Frage kommende Gewerbeinspektor ist eine anerkannte Autorität in chemischen Fragen und hat alles getan, was auf Grund der bisherigen Erfahrungen möglich war. Die Fabrikleitung wird nunmehr darauf verzichten, die Pikrinäure-Anlage an derselben Stelle zu errichten und von Seiten der Regierung wird in Erwägung gezogen werden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um solche Unglücksfälle für die Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich stehe dieser ganzen Frage als Laie gegenüber, möchte aber doch bei dieser Gelegenheit meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die Berliner Bevölkerung die außerordentlich vielen Unglücksfälle ruhig mit ansieht, welche die elektrischen Bahnen in Berlin verursachen. Ich verstehe es nicht, warum sich die Sozialdemokratie dieser Sache noch nicht angenommen hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (fr. Vg.):

Heute ist über das Griesheimer Unglück noch kein abschließendes Urteil möglich, wir können nur hoffen, daß die Untersuchung nach allen Seiten hin unparteiisch und ernsthaft geführt werden wird. Das Beste wäre es, wenn solche chemischen Fabriken einer ständigen Aufsicht durch besondere Sachverständige unterworfen würden.

Abg. Singer (Soz.):

Der Herr Staatssekretär meinte, wir hätten mit unserer Interpellation noch warten sollen. Es handelte sich für uns aber wesentlich darum, die Untersuchung auf die richtige Seite zu lenken und zu erreichen, daß ähnlichen Unglücksfällen vorgebeugt wird. Das konnte nicht früh genug geschehen.

Herr v. Kardorff ist es nun gelungen, dies recht traurige Verbrechen, das uns hier beschäftigt, etwas scherzhaft auszumühen. Er hat in seinem Streben, für alles, was vorkommt und nicht vorkommt, die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, uns vorgeworfen, wir kümmerten uns zwar um das Unglück in Griesheim, aber nicht um die zahlreichen Unglücksfälle, welche die elektrischen Straßenbahnen in Berlin verursachen. Herr v. Kardorff kennt jedenfalls die Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gar nicht, in der diese Frage von uns häufig genug behandelt worden ist. Die Sozialdemokraten stellen dort die treibende Kraft gegen die Große Berliner Eisenbahn-Gesellschaft die Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft zur Sprache gebracht. Herr v. Kardorff müge sich übrigens statt an uns lieber an den Eisenbahnminister v. Thielen, den er immer verteidigt, wenden. Der Herr v. Thielen war es, der über die Köpfe der Berliner Stadtverordneten hinweg die Konzession der Straßenbahnen um 30 Jahre verlängert hat. Herr v. Kardorff hat sich auch heute wieder als echter Agrarier erwieisen, der aus allen Wäldern Honig zu saugen weiß. Es muß ja freilich zugegeben werden, daß infolge der Erlebung der Pferdebahnen durch elektrische Bahnen der Verbrauch von Pferden und Hafer etwas eingeschränkt worden ist. (Große Heiterkeit und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich muß mir den Vorwurf des Herrn Singer, ich hätte die Sache scherzhaft behandelt, verbitten. Es handelt sich hier um Menschenleben, da darf mir Herr Singer nicht vorwerfen, ich hätte nicht ernsthaft gesprochen. Dann meinte Herr Singer, ich hätte aus agrarischen Interessen heraus gegen die elektrischen Bahnen gesprochen. Ah, Herr Singer, solche Insinuationen sollten wir uns doch gegenseitig nicht machen.

Abg. Singer (Soz.): Das Scherzhafte lag in den Ausführungen des Herrn v. Kardorff. Wenn er bei dieser Verhandlung über das Griesheimer Unglück mit einem Salto mortale auf die Berliner Straßenbahn kommt, so kann das nur komisch wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich muß noch eins nachholen. Ich weiß nicht, wann ich je zu den Verteidigern des Herrn Eisenbahnministers gehört hätte. Meint Herr Singer etwa bei der Kanalvorlage...

Präsident Graf Ballestrem: Die Kanalvorlage wollen wir doch fallen lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.): Als der preussische Eisenbahnminister seine rigorosen Maßregeln gegen die staatlichen Arbeiter verteidigte, hat er in Herrn v. Kardorff einen eifrigen Anhänger gefunden.

Abg. v. Kardorff: Bei Maßnahmen gegen die Ueberwucherung der Sozialdemokratie in den staatlichen Betrieben wird mich allerdings jeder Minister auf seiner Seite finden.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die Interpellation des Abg. Frhr. v. Godenberg (Welfe): Welche Schritte hat der Herr Reichsminister zur Verhinderung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionare unternommen und welche Erfolge hat der Herr Reichsminister in dieser Richtung erzielt?

Staatssekretär Frhr. v. Nitzthofen erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Frhr. v. Godenberg (Welfe)

begründet die Interpellation. Wer die Dinge in Südafrika verfolgt hat, wird wissen, daß sich die Eingeborenen sehr ruhig verhalten haben. Das ist im wesentlichen ein Verdienst der deutschen Missionare. Gerade die Missionare sind zahlreich von den Engländern in sogenannte Gefangenenlager abgeführt worden. Viele haben dabei nur ihr nacktes Leben gerettet, denn die Engländer gehen sehr rigoros vor und nicht nur gemeine englische Soldaten trifft die Schuld, sondern auch englische Offiziere. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Missionare aus englischer Gefangenschaft entlassen werden. Forderungen, die abgelehnt sind, werden hier nicht zu befürchten sein. Schwierigkeiten liegen insofern vor, als einzelne der Missionare ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben haben. Von den Engländern wird behauptet, daß die Missionare sich nicht streng neutral verhalten haben. Diese Behauptung steht aber auf sehr schwachen Füßen. Es mögen Denunziationen vorliegen, sie sind aber meist böswilligen Ursprungs. Die ganze Gefangennahme ist ein Hohn auf unsere politischen Institute und die Reichsregierung ist an den Zuständen nicht ganz schuldlos.

Staatssekretär Frhr. v. Nitzthofen:

Das Auswärtige Amt hat zum Schutze der deutschen Missionare seine volle Schuldigkeit getan. Nichtsdestoweniger sind Gefangennahmen nicht zu verhindern gewesen. Engländer sind behauptet, daß die deutschen Missionare in ihrer Sympathie für die Vooren zu weit gegangen sind. Soweit das Eigentum der Missionare verletzt worden ist, werden Schadensersatzansprüche geltend gemacht. Es besteht Aussicht auf Erfolg, daß die jetzt in London tagende Konferenz diese Ansprüche anerkennen wird. Ein Teil der Missionare hat die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, ein Teil hat die englische Staatsangehörigkeit, ein anderer Teil die der südafrikanischen Republik erworben. Für diese Missionare konnten wir nicht eintreten. Zwei Fälle, wo Reichsangehörige in Frage kamen, sind uns bekannt. In beiden Fällen haben wir alles getan, was uns möglich war, und wir haben auch schließlich Erfolg gehabt. Eine Anzahl von Missionaren befinden sich in den sogenannten Flüchtlingslagern. Das ist aber keine eigentliche Gefangenschaft, sondern ganze Bevölkerungsteile sind in diesen Lagern versammelt. Für die Engländer sind militärische Gründe für die Schaffung dieser Flüchtlingslager maßgebend gewesen und es läßt sich schwer etwas dagegen sagen. Jeder Krieg hat

Härten im Gefolge. Wo übertriebene Härten vorgekommen sind, ist das Auswärtige Amt eingeschritten. So wie sich die Regierung der Hoffnung giebt, daß die Interessen der aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen gewahrt werden, so glaubt sie auch, daß die Interessen der Missionare keinen dauernden Schaden leiden werden.

Auf Antrag des Abg. v. Arnswaldt-Gardenborstel findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. Vahem (L.)

gibt seine Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Engländer in dem Transvaalfrage die Missionaristationen nicht geschont haben. Es handele sich hier nur um evangelische Missionare, gerade diese hätten aber einer Schonung der protestantischen Engländer sicher sein sollen. Daß sich die Missionare nicht neutral verhalten hätten, sei von keiner Seite erwiesen worden. Er hoffe, ein Appell an die englische Ehrenhaftigkeit werde von Erfolg gekrönt sein.

Abg. Dr. Cetzl (L.):

Wir haben aus Südafrika Dinge gehört, die uns ganz unendlich erschienen sind; deren sich die ganze zivilisierte Welt schämen möchte. Das muß einmal im Deutschen Reichstag ausgesprochen werden. So optimistisch denke ich deshalb von England nicht, daß ein Appell an die Ehre etwas nützen wird. Es giebt andre Punkte, wo England empfindlicher ist. (Sehr richtig! rechts.) Für mich war das Bezeichnendste, daß der Herr Staatssekretär zugeben mußte, die Maßregeln gegen die Missionare könnten durch die Härten des Kriegs nicht genügend erklärt werden. Das ist eine Offenheit, für die ich dem Herrn Staatssekretär danke. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Der Herr Staatssekretär hat die Missionare insofern für mitschuldig hingestellt, als er meinte, sie hätten ihre Sympathie für die Vooren nicht genügend zurückhalten können. Nach meinen Informationen ist gerade das Gegenteil der Fall, es wird darüber geklagt, daß die Missionare vielfach zu große Sympathie für die Vooren zeigen. — Jedenfalls hat der Staatssekretär durch seine Ausführungen nicht widerlegen können, daß die Kriegsführung der Engländer eine barbarische ist, die unsre Entrüstung herausfordert. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Die an die Geschäftsordnungs-Kommission überwiesene Frage, ob dem Verlangen des königl. Landgerichts zu Weseritz auf Vernehmung des Abg. v. Kardorff als Zeuge wider den Redacteur Böcker stattzugeben sei, wird auf Antrag des Abg. Spahn (L.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (3. Lesung des Weingesetzes. Antrag Gröber (L.) betr. Plänen für Reichstags-Abgeordnete. Anträge Albrecht (Soz.) und Trimborn (L.) betr. die Gewerbegeichte.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeitslosigkeit und Frauarbeit. Unter diesem Titel bringt der „Arbeitsmarkt“ sehr interessante Angaben über die ursprüngliche Form der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auf Beobachtung vieler Thatsachen und auf Zahlenmaterial geknüpft, wird die Behauptung aufgestellt, daß die traurigen Folgen der Saisonarbeit, das Elend, welches sich an ihre Fesseln heftet, durch die Arbeit der Frau gemildert, damit aber auch verdeckelt wird. In mehreren sächsischen Städten hat man die Erfahrung gemacht, daß die Frauen der Mauer, Zimmerer und anderer Sommerarbeiter zu Beginn des Winters die Fabriken aufsuchen und dem arbeitslosen Manne die Sorge für Kinder und Haushalt überlassen. Zu Beginn des Frühjahrs werden die Rollen wieder vertauscht. In einer einzigen Weberei im Jittauer Bezirk, in der 279 verheiratete Frauen beschäftigt waren, gaben 61 davon ihre Arbeit mit Frühjahrsanfang auf, weil ihre Männer wieder Beschäftigung gefunden hatten. Auch in Hamburg, wo die Quai- und Hafenarbeiter, die ungelerten Heizer und Trimmer auf Dampfschiffen, die Uewerführer und andere eine zahlreiche Junge von Saisonarbeitern bilden, zeigt sich die gleiche Erscheinung als Selbsthilfe der Familie in der Notlage der Beschäftigungslosigkeit.

Trotz allgemein verminderter Arbeitsgelegenheit, welche sich bei den Arbeitsnachweisen feststellen läßt, sind die Frauen immer noch besser daran, als die Männer; die Nachfrage ist hier noch stärker als das Angebot. Deshalb ist es der Frau möglich, Arbeit zu finden, wenn des Mannes Verdienst zu Ende ist; nicht nur für den regelmäßigen Anfall, sondern auch in Zeiten wie die gegenwärtigen, über die Saisonarbeit hinaus für die Opfer der Wirtschaftskrise. Dieser natürliche, für die einzelne Familie gangbarste Weg, die Familie zu erhalten, schädigt jedoch die Allgemeinheit, indem sie die Arbeitslosigkeit weit geringer erscheinen läßt, als sie es thatsächlich ist. Die schwereren Gebrechen der gegenwärtigen Produktionsweise können jedoch nur geheilt oder selbst gelindert werden, wenn ihr Umfang erkannt ist, welcher Bewächtigungen nicht mehr zuläßt, sondern ernst und drohend die Notwendigkeit der Abhilfe fordert. Deshalb darf bei Betrachtung der Arbeitslosigkeit und ihrer Umdeutung nie jener Teil der Arbeiterschaft vergessen werden, welcher inzwischen von der Frauenarbeit lebt, welche ja nur in den seltensten Fällen mehr als das dürftigste Dasein für die Familie schaffen kann.

Eine Vauschule für Frauen wird demnächst in Berlin ins Leben treten. Es soll durch Erleichterung des Vauschens dem weiblichen Geschlecht einen neuen Erwerbszweig zugänglich machen. Es soll zunächst mit der Heranbildung von Vauschenerinnen, bautechnischen Hilfsarbeiterinnen usw. begonnen werden. Die Lehrgegenstände, in denen die jungen Damen ausgebildet werden sollen, sind Konstruktionszeichnen, Formenlehre, Architektur, Entwerfen, Veranschlagungen, höhere Mathematik und Statik.

Für die Plätterinnen und Näherinnen, sowie die in der Krautwäberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen **Schöneberg und Umgegend** findet Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im neuen großen Saal des Herrn Obst in Schöneberg, Martin Lutherstraße, Ecke Weiningerstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Frau Emma Jäger wird sprechen über das Thema: „Wie haben wir am besten unsere Lohnverhältnisse“. Nach dem Vortrag freie Ansprache.

Eine lebhafteste Agitationsthätigkeit wurde in der letzten Zeit durch mehrere Genossinnen entfaltet. Frau J. J. sprach im Auftrage des Textilarbeiterverbandes in der Zeit vom 7. bis 29. März in einer großen Anzahl sächsischer Orte, um namentlich die weiblichen Textilarbeiter Sachsens für die Organisation zu gewinnen, der sie bisher nur in geringer Anzahl angehören. Es wurden dem Verbands eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen. In Burgstädt wollten die Genossinnen demnächst eine weibliche Vertrauensperson wählen.

Frau Jäger hielt im Hamburger Gebiet eine Reihe Versammlungen ab, wobei die Propaganda für den Arbeiterinnenverband den Zweck bildete, und zu demselben Zweck unternahm sie auch eine große Agitationstour durch Schlesien. Sie hatte dabei Gelegenheit, in die sichersten Domänen des Centrums einzudringen und den Frauen das sozialistische Evangelium zu verkünden. Diese Versammlungen waren sehr erfolgreich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist und werden die Nr. 10 des 11. Jahrgangs zu gelangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schwesterngrüße aus Italien. Von Dr. med. Anna Ralkhoff. — Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitslosigkeit der gewerblich thätigen Kinder. Von Henriette Friedl-Brankfurt a. M. — Von der Fabrikarbeit verheirateter Frauen in Jütland. Von a. br. — Aus der Bewegung. — Frauen: Das Weib. Von Katalin. Deutsch von Wilhelm Thal. — Natigentlich von Frau und Clara Jostin: Weibliche Betriebspersonen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen: Organisation. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenbewegung.

Achtung! Bauarbeiter!

Auf dem Neubau Düsseldorfstr. 12 in Wilmsdorf wurden am Donnerstag, den 2. Mai 12 Kollegen entlassen mit dem Vermerk, es wird ein Fabrikant aufgestellt. Dieses ist nicht geschehen, sondern der Fabrikant übertrug die Arbeit einem dort ebenfalls vorher beschäftigten Kollegen Jakob. Dieser befragte andere Kollegen, und als die vorher beschäftigt gewesen Kollegen am Montag auf der Baustelle erschienen, wurde ihnen bedeutet, daß für doch bereits entlassen seien. Der Fabrikant erklärte, die Beschäftigung des Arbeitgebers gingen ihm nichts an.

Es sei noch bemerkt, daß dort ein Kollege namens Franz Hilmer arbeitete, welcher sich seiner unrichtigen Handlungsweise bewußt war; um aber mit seiner Organisation in Kontakt zu kommen, meldete sich selbiger am Sonnabend, den 4. Mai, vom Verband der Bauarbeiter ab und ließ sich in der freien Vereinigung der Bauarbeiter Verbands und Mitglied aufnehmen. — Wer entlassen die Kollegen, diesen Bau zu meiden.

Die Lohnkommission. Z. A.: Karl Heldmann.

Henkel's Bleich-Soda

bestes, billigstes u. bequemstes Waschmittel überall käuflich. Paket 10 Pf.

Konkurs-Ausverkauf

der H. Schlesinger'schen Konkursmasse

Erste Berl. Patent-Schlafmöbelfabrik, Spandauerstraße 48, am Volkenmarkt.

Die bedeutenden Bestände in Patent-Bett-Cafes, Bettfüßen, Chaiselongues, Metallbetten, Kinderbetten, Matrassen, Damenbetten, Waschtischen, Klappbetten, Kinderfüßen etc. sollen zu billigen Tagespreisen ausverkauft werden. Der Verkauf findet statt

vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-8 Uhr.

Der Verwalter.

15. Ziehung 4. Klasse 204. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 7. Mai 1901, vormittags.
Aus der Gewinne über 236 Mill. und den betreffenden Nummern in Klassen beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

89 177 474 1059 92 171 83 296 500 63 649 81 812
2188 66 297 328 408 65 78 590 919 701 824 83 999
3077 92 1300 200 75 227 1000 679 846 4069 334 82
610 1000 72 95 1000 721 1000 823 60 73 5059
62 122 274 457 58 91 898 97 6085 83 156 77 308
1000 91 417 58 81 539 93 673 814 946 7225 48 53
378 951 924 71 700 939 8104 511 649 64 76 784 844
1000 76 919 24 90 9463 501 59 987 737 42 941 1000
990 74

10007 162 247 352 426 761 880 90 11427 557 68
603 1560 36 76 829 1000 12379 496 13254 326
428 600 1000 61 728 951 14302 1500 93 719 801 1000
68 1000 15130 391 767 800 55 12640 100 426 45
802 1000 17055 90 187 305 64 699 725 972 18006 62
390 549 30 19124 207 281 424 89 818 708

20126 200 2 212 1000 81 484 670 681 84 89 780 84
881 911 21038 162 239 396 407 649 93 708 42 853 1000
842 42699 194 441 775 938 93 69 23047 204 35
628 430 60 650 755 800 36 54 73 942 52 24098 198 227
99 408 517 692 1000 901 33 25007 103 305 349 458
594 628 57 796 831 6211 415 631 43 1000 45 97
632 57 789 852 904 27239 351 535 805 57 949 99
29695 97 160 1000 488 628 31 785 29044 231 321 991
30432 556 780 900 31904 118 267 86 498 544 76
897 917 81 1000 91 32033 61 145 1500 211 418 352
490 598 706 51 79 33193 218 322 473 577 1000 774 898
37 34231 82 508 27 57 79 89 688 89 780 985 35080 102
61 328 86 79 99 856 925 31 97 36357 99 606 1000
637 83 941 76 37148 246 76 79 304 687 89 93 827 65
52600 71 230 632 828 933 39136 288 309 4 43 50 51
796 819

40102 66 67 233 98 402 63 638 58 70 81 942 41064
490 1726 607 64 42209 75 240 346 412 83 99 552 867 91
43197 1500 205 38 301 80 160 48 904 1000 44060
619 24 89 804 93 42 84 45319 31 438 647 74 747 899
959 46129 265 77 327 84 459 1000 50 539 947 86 899
839 47091 99 137 370 481 682 967 45077 106 90 86 273
398 467 51 666 804 928 49017 20 1000 21 255 343
471 659 30 829 928 90 94

90135 218 309 62 614 71 74 758 829 27 90
561 51087 736 67 290 427 61 858 59 52325 30 328 39
642 86 42 739 801 5 32 85 320 49 97 53309 449 92
83000 172 820 923 54055 269 83 457 516 50 639 57
716 989 55230 49 315 36 467 68 522 1000 65031
832 98 222 57 393 416 519 28 640 75 726 59 840 57004
1000 575 84 617 848 58007 155 229 44 32 78 382
697 39 48 54 900 5 36 59059 92 99 149 235 304 831
767 923

60008 121 1000 398 578 622 37 797 807 917 61022
327 83 1000 822 30 1000 74 612 760 856 927 48
62123 206 961 609 612 729 890 1000 63209 1500
348 502 638 849 61 80 64234 232 334 61 821 917 65024
294 525 1000 75 604 69032 137 80 205 15 322 90 583
691 46 746 835 65 68 67170 76 213 1000 300 565 97
690 787 815 92 921 39 68014 50 90 315 459 583 87 931
63 69017 67 158 60 231 68 343 977

70227 304 448 519 1000 21 36 40 913 1000 71302
76 1000 451 73 82 508 967 72023 51 151 405 612 64
837 56 931 32 75 87 73683 133 301 447 677 961 72 85
74632 59 386 83 305 66 75922 412 14 31 74 641
735 994 76034 64 84 106 67 78 92 201 70 90 98 473 86
1000 428 590 869 78 80 77185 239 318 37 424 76 825
65 708 1000 49 831 67 97 78292 385 466 628 700 7
61 1000 939 45 53 79011 75 139 39 73 75 302 470
642 67 704 63 85 907 67 924 57 1000 61
80014 21 127 46 251 618 19 728 81 899 947 81210
70 336 425 534 67 780 894 913 1000 62 82143 51
14 233 322 933 61 83338 247 548 84089 178 969
65 88 1000 85005 182 381 1000 324 83 427 75 823
34 994 974 86263 324 415 81 764 68 944 68 87618 47
23 881 88074 211 48 497 573 699 759 76 802 32 89112
1000 285 369 67 458 81 606 30 66 794 941 1000 64

90124 335 429 62 83 500 81 685 709 952 88
01232 36 464 78 769 899 903 44 1000 92033 112 468
519 87 830 62 90 94 93021 93 173 279 89 328 74
97 506 21 611 785 1000 94221 84 310 29 51 578 703
895 96073 192 488 581 757 76 96102 292 396 1000
615 761 84 862 78 928 97206 388 510 813 88 907 18
48 98068 22 1000 93 110 229 59 75 519 603 884 90
99100 201 14 395 488 586 774 906

100114 84 250 378 80 485 832 896 933 101253
830 35 84 102025 27 59 110 72 1000 88 241 565 613
818 1000 903 1000 28 47 103019 187 350 451 83
715 16 22 29 914 45 104092 94 162 1000 270 305
624 1000 90 787 892 105015 83 199 546 572 81
612 34 703 971 108130 293 512 31 655 743 83
707004 8 82 165 93 280 324 1000 449 539 86 689
544 892 73 108112 282 434 1000 950 100909 90
190 215 206 433 60 635 770 71 838 78 929 79

110021 51 290 38 91 1000 305 544 1000 534 627
62 791 892 1000 981 111096 131 341 1000 511
690 975 112007 16 102 245 689 704 31 113190 1000

15. Ziehung 4. Klasse 204. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 7. Mai 1901, nachmittags.
Aus der Gewinne über 236 Mill. und den betreffenden Nummern in Klassen beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

37 141 86 231 355 859 68 810 27 1000 129 40 1000
61 216 682 839 67 954 1000 2016 89 106 250 513 14 38
70 791 958 3158 307 55 773 4103 10 83 276 317 348
32 629 83 1000 99 888 901 42 5081 88 1000 156 257
308 1000 409 38 605 92 731 850 84 6012 104 18 70 435
62 770 811 961 7062 87 150 82 1000 242 59 308 672
65 788 802 62 8027 45 94 1000 244 430 54 89 603 793
921 1000 23 42 44 83 9087 205 21 317 449 515 83 688 931
10209 421 80 534 11042 65 81 104 67 327 452 513
600 819 942 64 14021 115 274 75 345 439 636 1000 879
957 13113 229 92 362 602 971 10484 172 227 83 35 314
418 83 624 79 887 15004 61 182 95 212 38 80 335 471
90 684 1500 707 843 64 905 16011 127 360 728 821
1500 937 17044 122 258 396 473 590 690 701 869 96
940 82 18097 163 388 1000 460 607 51 714 925 93
19497 124 81 888 459 525 26 616 62 705 844 1000
20013 219 36 334 991 739 92 404 708 1000 23098
1000 776 22167 250 82 396 92 600 78 55 723 817 78
25 233 525 27 37 46 1000 43 600 78 55 723 817 78
24044 107 70 215 440 62 654 710 37 25006 25 49 197
277 309 741 957 26213 34 1000 80 322 414 737 92 968
64 27238 29 510 639 45 28178 389 461 522 839 29099
356 1000 411 676 856 81

30001 111 203 388 501 691 705 941 1000 89 92 31539
85 628 1000 98 32006 86 506 639 31 734 822 916
33225 28 334 96 435 1000 626 727 69 34021 61 1000
493 84 87 710 13 829 35023 88 172 386 443 47 69 560 63
685 88 718 36010 18 1000 95 270 582 426 45 643 719 836
936 27068 273 343 90 571 672 94 740 858 38041 80 303
500 722 39933 131 71 410 590 81 833 922 42

40154 222 316 1000 95 424 61 93 852 780 837
1000 41138 300 402 515 849 42177 226 65 423 572
90 93 628 704 7 801 1000 43353 420 898 678 904
44665 189 252 413 75 708 15 28 90 884 94 654 80
45016 173 504 23 90 996 915 1000 41 820 898 678 904
545 47 630 754 888 47696 22 90 884 94 654 80
921 31 73 1000 48113 39 3054 84 325 410 49 779 85
39 319 1000 38 411 27 588 781 894

50176 282 391 610 712 36 51086 95 266 395 476
694 734 99 395 52023 81 493 53169 256 569 634 713
81 831 970 54237 74 82 642 831 55234 418 78 759
51088 92 1000 97 351 1000 644 70 737 807 34 57047
329 88 542 847 58320 56 808 92 59101 18 457 86 964
73 629 1000

60004 1000 162 268 391 66 88 550 86 659 736 68
810 27 30 74 904 99 61071 223 25 93 331 492 602 830
66 62084 120 48 204 815 976 79 63185 224 645 69
64080 210 26 1000 356 680 87 65187 256 73 83 92
319 61 78 430 82 578 681 817 1000 931 1500 36 66036
159 268 332 49 714 64 85 815 93 455 67004 43 240 453
608 78 1000 90 728 1000 80 945 993 1000 69223
41 175 84 299 334 407 806 84 905 69128 367 1000 74
605 635 717 871

70034 40 509 64 717 845 84 906 71111 95 226 301
429 509 30 1000 65 611 1000 749 814 38 57 89 303
72028 382 53 402 64 73 540 699 776 857 73234 453 809
671 80 98 757 1000 912 74057 171 88 1000 222 390
50176 282 391 610 712 36 51086 95 266 395 476
717 75 153 83 417 21 59 63 501 749 807 77 996 76122
498 640 88 737 1000 47 819 77021 50 149 281 320 77
453 943 99 856 87 93 78513 55 616 86 830 51 64 86 980
79098 213 305

80079 118 36 60 342 421 1000 829 806 58 907 79
81113 248 50 229 519 1000 608 37 835 88 82109
29 53 54 239 308 72 499 328 856 83111 321 93 437
61 93 557 671 785 899 84180 95 256 415 82 556 614
121 44 1000 881 902 48 77 85077 108 451 324 1000
37 45 632 704 88 820 941 43 56 86030 37 236 43
91 311 26 443 72 529 36 55 83 641 64 779 87505
639 85 767 955 88081 265 1000 387 98 474 508
661 88 763 924 38 46 89089 123 27 45 252 633
588 928 1000

90005 74 169 90 235 317 422 81 510 639 92 856
74 926 78 91125 261 499 676 1000 718 821 839
92007 342 98 1000 670 93200 79 433 47 58 302 677
733 94988 106 663 694 85 747 859 95 1000 932 67
55183 83 321 407 788 1000 90093 94 315 79 626
860 1000 974 98038 100 654 88 307 26 422 64
1000 71 84 94 940 82 89 97404 71 74 1000 498
1000 517 1000 648 738 63 922 70 99050 117 47
207 63 455 511 29 94 1000 618 716 905 22

100113 156 60 97 248 332 506 833 61 101052
244 61 325 1000 631 81 699 809 56 935 70 90
102055 159 90 325 76 487 90 779 1000 913 103040
48 78 1000 111 262 332 94 592 740 54 926 104056
80 91 103 292 77 81 378 444 790 832 80 105004 143
405 1000 78 826 27 609 47 1000 71 77 780 833 967
1000696 249 90 317 510 27 620 944 107443 50 913
701 862 944 86 108041 295 317 482 588 669 716
58 90 109089 220 26 81 504 719 23 861

110012 109 263 98 307 37 1000 415 505 638 745
90 967 74 110110 31 36 72 109 287 421 505 19 694
100000 754 909 53 112050 65 109 67 76 446 653
1000 825 85 113203 329 84 91 467 633 60 85 803
114021 190 221 394 634 63 79 99 649 706 925

15. Ziehung 4. Klasse 204. Rgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 7. Mai 1901, nachmittags.
Aus der Gewinne über 236 Mill. und den betreffenden Nummern in Klassen beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

37 141 86 231 355 859 68 810 27 1000 129 40 1000
61 216 682 839 67 954 1000 2016 89 106 250 513 14 38
70 791 958 3158 307 55 773 4103 10 83 276 317 348
32 629 83 1000 99 888 901 42 5081 88 1000 156 257
308 1000 409 38 605 92 731 850 84 6012 104 18 70 435
62 770 811 961 7062 87 150 82 1000 242 59 308 672
65 788 802 62 8027 45 94 1000 244 430 54 89 603 793
921 1000 23 42 44 83 9087 205 21 317 449 515 83 688 931
10209 421 80 534 11042 65 81 104 67 327 452 513
600 819 942 64 14021 115 274 75 345 439 636 1000 879
957 13113 229 92 362 602 971 10484 172 227 83 35 314
418 83 624 79 887 15004 61 182 95 212 38 80 335 471
90 684 1500 707 843 64 905 16011 127 360 728 821
1500 937 17044 122 258 396 473 590 690 701 869 96
940 82 18097 163 388 1000 460 607 51 714 925 93
19497 124 81 888 459 525 26 616 62 705 844 1000
20013 219 36 334 991 739 92 404 708 1000 23098
1000 776 22167 250 82 396 92 600 78 55 723 817 78
25 233 525 27 37 46 1000 43 600 78 55 723 817 78
24044 107 70 215 440 62 654 710 37 25006 25 49 197
277 309 741 957 26213 34 1000 80 322 414 737 92 968
64 27238 29 510 639 45 28178 389 461 522 839 29099
356 1000 411 676 856 81

30001 111 203 388 501 691 705 941 1000 89 92 31539
85 628 1000 98 32006 86 506 639 31 734 822 916
33225 28 334 96 435 1000 626 727 69 34021 61 1000
493 84 87 710 13 829 35023 88 172 386 443 47 69 560 63
685 88 718 36010 18 1000 95 270 582 426 45 643 719 836
936 27068 273 343 90 571 672 94 740 858 38041 80 303
500 722 39933 131 71 410 590 81 833 922 42

40154 222 316 1000 95 424 61 93 852 780 837
1000 41138 300 402 515 849 42177 226 65 423 572
90 93 628 704 7 801 1000 43353 420 898 678 904
44665 189 252 413 75 708 15 28 90 884 94 654 80
45016 173 504 23 90 996 915 1000 41 820 898 678 904
545 47 630 754 888 47696 22 90 884 94 654 80
921 31 73 1000 48113 39 3054 84 325 410 49 779 85
39 319 1000 38 411 27 588 781 894

50176 282 391 610 712 36 51086 95 266 395 476
694 734 99 395 52023 81 493 53169 256 569 634 713
81 831 970 54237 74 82 642 831 55234 418 78 759
51088 92 1000 97 351 1000 644 70 737 807 34 57047
329 88 542 847 58320 56 808 92 59101 18 457 86 964
73 629 1000

60004 1000 162 268 391 66 88 550 86 659 736 68
810 27 30 74 904 99 61071 223 25 93 331 492 602 830
66 62084 120 48 204 815 976 79 63185 224 645 69
64080 210 26 1000 356 680 87 65187 256 73 83 92
319 61 78 43

Das Ende des Streiks von Montceau und der Generalstreik.

Wie der Telegraph schon kurz mitgeteilt hat, ist der Streik von Montceau-les-Mines zu Ende und ein Teil der Vergleute hat am Montag bereits die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Abstimmung hat nun zwar eine Mehrheit für den Generalstreik ergeben, aber der Umstand, daß über 100 000 Vergleute an der Abstimmung sich gar nicht beteiligt haben, ist nicht geeignet, das Resultat vom Standpunkt der Generalstreikfreunde als sehr ermutigend zu betrachten.

Mittlerweile ist nun der Konflikt in Montceau, wegen dessen Beilegung zu Gunsten der Arbeiter der Generalstreik geführt werden sollte, glücklich beendet worden.

Am nächsten Tage darauf hatte das Streikkomitee eine Unterredung mit der Direktion nachgesucht und erhalten. Hier wurden die Friedensbedingungen endgültig vereinbart.

Die Streikenden stimmten den Abmachungen zu und die Arbeit ist demzufolge am Montag wieder aufgenommen worden.

Daß es die Direktion mit ihren Versprechungen ehrlich meint, geht wohl daraus hervor, daß eine Anzahl der Streikführer sich mit auf der Liste befanden, welche die Namen der am Montag Einrückenden enthielt.

Die Arbeiter bedeutet der Abschluß dieses Konflikts, der 107 Tage gedauert, einen ganz gewaltigen Sieg.

Noch einen andern Beweis von dem nicht geringen Einfluß ihrer Bewegung erhielten die Vergleute von Montceau durch die Maßnahmen des Ministeriums.

Das Nationalkomitee der französischen Vergleute, welches am Sonntag und Montag in St. Etienne Sitzungen abhielt, um bezüglich des durch Referendum beschlossenen Generalstreiks endgültige Beschlüsse zu fassen, hat den Generalstreik abgelehnt.

Das Nationalkomitee der französischen Vergleute, welches am Sonntag und Montag in St. Etienne Sitzungen abhielt, um bezüglich des durch Referendum beschlossenen Generalstreiks endgültige Beschlüsse zu fassen, hat den Generalstreik abgelehnt.

Der dreifache Mord in Mariendorf.

Ueber eine in Mariendorf verübte Bluttat werden die folgenden schauerlichen Einzelheiten berichtet: Der Täter ist der Eigarrenhändler Bobbe. Bereits 1889 beschäftigte Bobbe die Gerichte; es wurde damals festgestellt, daß er in seinem Laden und zwar vom Juli bis September an einer Einrichtung gearbeitet, die bezwecken sollte, Kunden, die den Laden betreten, zu ermorden, zu berauben und die Leiche zu verdecken.

Wie sich nun die Mordscene abgespielt hat, darüber wird wohl niemals genaue Aufklärung zu erlangen sein.

Am frühen Morgen des 1. Oktobers, als Bobbe sich in der Wohnung befand, die er mit seiner Frau allein bewohnte, trat ein Fremder ein, welcher sich als Herr Hemmeling vorstellte.

Die Grube war zwei Meter und lang und oberhalb Meter breit. Die drei Leichen lagen nebeneinander, Frau S. am obersten, die Knaben mit ihren Schulanzügen in der Mitte.

Dem Eigentümer Hemmeling, dessen Befunden übrigens zu Verurteilung keinen Anlaß gibt, ist schon früher der Verdacht aufgefallen, daß der ihn wiederholt beluchende Bobbe mit dem „Menschenfallen-Fabrikanten“ Bobbe aus Moabit identisch sei.

Die Frau des Mörders, welche vorzeitig gealtert ist und viel unter der Robe ihres Mannes gelitten hat, giebt der Ansicht Raum, daß Bobbes Geistesverfassung nicht normal gewesen sei.

Die Frau des Mörders, welche vorzeitig gealtert ist und viel unter der Robe ihres Mannes gelitten hat, giebt der Ansicht Raum, daß Bobbes Geistesverfassung nicht normal gewesen sei.

Lokales.

Apothekenpreise.

Die Berliner Apothekenbesitzer haben den Krankenkassenvorständen gegenüber es abgelehnt, wie die Apotheker an andern Orten, auch einen Rabatt auf die Kassenrezeptur zu bewilligen, da sie bei ihren großen Unkosten hierzu nicht im Stande seien.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr eine Sitzung ab.

Arbeiterkinder und Bismarckfeier. Bei der Enthüllung des Bismarck-Denkmal's am 8. Juni werden, der „Tagl. Arb.“ zufolge, vor der Kasse des Reichstags-Gebäudes 1000 G.

Die agrarische Monarchenvereinerung ist trotz Kanalarbedellen doch kein leerer Wahn.

Die agrarische Monarchenvereinerung ist trotz Kanalarbedellen doch kein leerer Wahn. Diese edle Tugend hat analog den Vorgängen beim Ministersturz der vorigen Woche nur das Reizwort gewechselt; sie ist in der „Deutschen Tageszeitung“ vom politischen Teil ins Vermischte verlagert worden und erlegt dort durch die Quantität, was ihr etwa an Qualität abgeht.

öffentliche und so dem Konprinz die Mähe abnimmt, über die Art seiner Erlebnisse in Bonn und Umgebung selber Buch zu führen. Aber damit ist der Treue zum angestammten Herrscherhause keineswegs Genüge geschehen. In einem Artikel von 80 Zeilen finden wir die Erinnerungen eines amerikanischen Kapitäns über Kaiser Wilhelm II. abgedruckt. Wir können es uns nicht verlagern, aus den 80 Zeilen wenigstens die Schlusssätze abzuheben, die aus den Denkwürdigkeiten des Kapitän Evans folgendes wiedergeben: „Er sagt, der Kaiser sei mit einer oder zwei Ausnahmen, der „magnetische Mensch“, dem er im Leben begegnet sei, und der denkbar fesselndste Gesellschafter. In VIELSEITIGKEIT des Wissens habe er einzig dastehende. Evans erzählt, der Kaiser, dem zu Tisch Smithfielder Schinken vorgesetzt wurde, habe sogar gewünscht, wo Smithfield liegt.“

Die neue Feuerwache an der Fischerstraße und Fischerbrücke soll eine Musterwache werden. Die Wache wird am Freitag bezogen und erhält zur Ausrüstung des neu gebildeten 20. eines Dampfspritzenzuges, vier Fahrzeuge, eine Dampfspritze mit einem Tender, einen Personenzug und eine große mechanische Leiter. Zur Besetzung dienen vier Oberfeuerwächter, zwei Obermaschinisten und 21 Feuerwächter. Die Feuerwache wird durch diesen Dampfspritzenzug eine wesentliche Verstärkung erfahren und die Feuerlöscher besonders im Centrum der Stadt bedeutend erhöht werden. Berlin besitzt dann, da der 4. Dampfspritzenzug, der für die Gegend am Friedrichshain bis Viechhof vorgezogen ist, noch nicht gebildet worden ist, zehn Handdrück- und neun Dampfspritzenzüge. Außerdem können noch im Rosenthal mehrere Reservozüge gebildet werden, für die schon die Ausrüstungen vorhanden sind.

Die Subkommission des Magistrats zur Vorberatung der Angelegenheit der Aenderung des Ortsstatuts für die Kanalisation von Berlin hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner ihre Beratungen beendet und wird nunmehr am nächsten Freitag der Magistrat in seiner Sitzung einen Beschluß in dieser Sache fassen. Alsdann dürfte der Stadtverordneten-Versammlung am Montag eine Magistrats-Vorlage zugehen.

Im Disziplinarverfahren gegen Rechtsanwalt Dr. Mendel fand gestern Termin vor der Anwaltskammer des Kammergerichts statt. Wie erinnerlich, hatte Dr. Mendel im Sternberg-Prozess einen Artikel an ein hiesiges Montagsblatt geschickt. Hierin wurde eine Verleumdung erblickt. Staatsanwaltschaftsrat Richter beantragte, da die Tätigkeit des Verteidigers während der mündlichen Verhandlung auf den Sitzungssaal beschränkt werden müsse, einen Verweis. Als Vertreter des Beschuldigten besitzte Justizrat Cassel, daß dem Verteidiger die erwünschte Verbindung mit der Presse verboten sei. Rechtsanwalt Mendel führte aus, daß er pflichtgemäß im Rahmen der Verteidigung gehandelt habe. Nach längerer Beratung erkannte die Anwaltskammer, daß es bei der in der Verhandlung ausgesprochenen Warnung zu bleiben habe, der Verteidiger dürfe nicht neben seinen Ausführungen im Sitzungssaal noch solche in der Presse erscheinen lassen.

Straßenbahn-Unfälle. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Dienstag auf der Tempelhofer Chaussee. Ein etwa 30jähriger unbekannter Mann, der von Tempelhof nach Lam und mit einem elektrischen Straßenbahnwagen nach Berlin zurückkehrte, versuchte gegen 11 Uhr abends am Tempelhofer Felde von dem in voller Fahrt befindlichen Motorwagen herunter zu springen. Der Schaffner versuchte zwar, den Fremden zurückzuhalten, doch erhielt er für seine wohlgemeinte Warnung eine grobe Antwort. Der Fahrgast sprang ab, schlug mit seinem Körper gegen einen Baum und blieb auf der Stelle tot liegen. — Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens der Linie Rixdorf-Seebrake mit einem Fischerwagen fand gestern nachmittags in der Oranienburger, Ecke der Hamburgerstraße statt. Zwei Fässer mit etwa 10 Centnern Fische wurden auf den Fahrdamm geschleudert und zertrümmert und der Straßenbahnwagen erheblich beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Bei der Arbeit verunglückte in der Toblerischen Kleinbahnfabrik der 40 Jahre alte Arbeiter Friedrich Schilling aus der Persir. 15, indem beim Drehen ein Stück Eisen abfiel und ihn an der Stirn und den Augen traf. Der Verunglückte wurde mit einem Koppischen Rettungswagen nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht.

Ueber eine Revolver-Affaire meldet der Polizeibericht folgendes: Der Kaufmann Karl R. geriet gestern Nacht im Hause Kochstraße 4 mit einem unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Mädchen in Streit und feuerte einen Revolvererschuß ab, ohne jedoch zu treffen. Als ein Kellner dem Mädchen zur Hilfe eilen wollte, verlegte ihn R. durch einen zweiten Revolvererschuß in die Brust. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation I und von dort nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und der Täter verhaftet.

Ein großer Dachstuhlbrand brach gestern früh in der Soldinerstr. 41 (Gesundbrunnen) aus. Als das Feuer bald nach 3 Uhr bemerkt wurde, hatten die Flammen das Dach bereits an mehreren Stellen durchschlagen, so daß die Feuerwehr bei ihrer Ankunft einen ausgebreiteten Brandherd vorfand. Da die Nachbargebäude stark gefährdet waren, so wurde sofort mit vier Schlauchleitungen vorgegangen, um dem Feuer den Weg zu verlegen, was nach einhalbstündiger Arbeit auch gelang. Der größte Teil des Dachstuhls ist vernichtet worden, und der verursachte Schaden ist erheblich.

Ein zweiter großer Dachstuhlbrand lam Dienstagmittag in der Danzigerstraße 78 zum Ausbruch und machte der Wehr viel zu schaffen. Vier Rohre waren länger als eine Stunde in Tätigkeit, bevor die Gewalt des Elements gebrochen wurde. Fast der gesamte Dachstuhl ist eingestürzt und der entstandene Schaden demgemäß erheblich. Vorher war Potsdamerstraße 18 ein kleiner Bodenbrand und Salzweberstraße 1 ein Zimmerbrand abzulösen.

Straßensperrung. Die Eughavenstraße von der Dachstraße bis zum Schleswiger Ufer wird wegen Asphaltierung vom 13. d. M. ab bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Das Carl Weich-Theater hat jetzt am Ende der Saison gute Tage. Ihm ist von ungefähr eine tolle Poste beschieden worden: Der Bräutigam vom Himmel. Das Stück ist von Herrn Rilowitsch, dem Leiter der Kölner Volkstheater verfaßt, die von dem Gastspiel im Vossentheater noch in recht guter Erinnerung ist. Wie fast immer bei jugkräftigen Stücken, spielt das Weich auch hier nicht die nebensächliche Rolle, und besonders trägt die heutige unvermeidliche Verulkung des Ueberbreitl sowie ein Lustballon sehr zum Erfolg bei. Denn man muß wissen, der Lustballon spendet die herrlichste Gabe, die auf dem Theater einer schmachthafter Liebhaberin besichert werden kann; ein strammer Lieutenant kommt aus wolgigen Höhen der Glücklichen direkt in die Arme geflogen. Ist das schon original und spasshaft, so spielen auch soziale und politische Momente eine dem Carl Weich-Theater angepaßte spassige Rolle. Die sozialen Momente, indem einige junge Leute, die ungerechtfertigterweise von einem neugeborenen Fabrikbesitzer entlassen werden, spornstreichs zum Militär kommen und Unteroffiziere werden und in dieser Verwandlung den einjährig dienenden Unternehmern ordentlich zuwiebeln. Die Politik aber drängt sich insoweit in das Stück hinein, als der Vater des vorhin erwähnten Bräutigams, seltsamerweise ein Soldatenkammer, unter Leitung des dem Lustballon entfallenen Lieutenants dem heiligen Militarismus zugeführt wird. Alle diese Vorwürfe geschicht zusammengeführt, verhalten der Woffe zu einem immerhin verdienten Erfolg. Gespielt wurde flott und frisch.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Die Anlage eines Müll-Abblapfes ist wiederholt Gegenstand der Tagesordnung in der Gemeindevertretung gewesen; auch hat sich zu der Vorberatung eingesetzte Kommission mit der Angelegenheit beschäftigt. Nachdem nun nach Jahresfrist die Kommission zu einem Entschluß nicht gekommen ist,

wäre es wünschenswert, daß die Gemeindevertretung erneut Anzeige macht. Zweifello ist es Sache der Gemeinde, für einen Abblapf Sorge zu tragen.

Das k. preussische statistische Amt hat nunmehr das Ergebnis der Volkszählung am Orte bekannt gegeben. Reinickendorf zählt 14 728 Einwohner gegen 10 677 im Jahre 1895.

Schöneberg. Der Rauchklub „Transvaal“ feiert am Sonntag, den 11. Mai, im Lokal „Wilhelmshof“ sein Stiftungsfest. Da genanntes Lokal den Arbeitern zu Versammlungen verweigert wird, so erwarten wir, daß sie auch den dort stattfindenden Festlichkeiten fern bleiben.

In Schöneberg richtete die Stadtverordneten-Versammlung gestern an den Magistrat das Ersuchen, für Schaffung einer Straßenbahnlinie zu sorgen, welche den Berliner Ortsteil mit dem Spittelmarkt verbindet. — Die neue Umsatzsteuer-Ordnung tritt am 15. d. M. in Kraft. — Zu unbefoldeten Stadträten wurden gewählt die Stadtverordneten Rordhausen und Strauch. — Die seit laun zwei Jahren bestehende städtische Sparkasse hat einen Einlagenbestand von über fünf Millionen Mark.

Ein des Nordvertrags bezichtigter Ingenieur aus Berlin hat bei seiner Verhaftung auf dem Bahnhof zu Dahmsdorf-Müncheberg Selbstmord verübt, indem er sich in einem unbewachten Augenblicke mit Strichnadel vergiftete. Er wurde zwar sofort nach dem städtischen Krankenhaus in Müncheberg gebracht, doch war eine Rettung nicht mehr möglich; in derselben Nacht verschied er. Der Behörde war zur Kenntnis gekommen, daß der Genannte seine in Budow in der Märkischen Schweiz wohnende Geliebte vergiften wollte, worauf die Gendarmen beauftragt wurde, auf den Verdächtigen zu vigilieren, bis es schließlich gelang, ihn auf dem erwähnten Bahnhofe kurz vor seiner Abreise festzunehmen.

Gerichts-Beitrag.

Eine anarchistische Redaktion. Gegen den Drucker und Expedienten der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“, Gottlob Hornikel, wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse verhandelt. In der Nummer des „Neuen Leben“ vom 20. Oktober v. J. wurde die Mitteilung veröffentlicht, daß in Freiburg i. Breisgau ein Anarchist wegen Verbreitung anarchistischer Schriften bereits seit drei Monaten in Untersuchungshaft schmachtet. Hieran war eine Bemerkung geknüpft, in der eine Verleumdung der beteiligten Richter gefunden wurde. Auf Grund dieser Bemerkung wurde gegen den Richter Albrecht, der die fragliche Nummer als verantwortlicher Redacteur gezeichnet hatte, Anklage erhoben. Das Verfahren endete aber mit seiner Freisprechung, da in der Verhandlung festgestellt wurde, daß Hornikel die Nummer hinter dem Rücken des damaligen Angeklagten fertig gestellt hatte. Darauf wurde Hornikel zur Verantwortung gezogen. Im gestrigen Termine wurde festgestellt, daß der Vorwurf gegen die beiden Freiburger Untersuchungsrichter die mit der erwähnten Sache zu thun gehabt, ein unberechtigter gewesen war, denn nach badiischem Gesetz werden derartige Vergehen, wie sie dem Verhafteten zur Last gelegt wurden, vor dem Schwurgericht verhandelt, wodurch das Vorverfahren in die Länge gezogen wird. Der Angeklagte blieb im Termine, daß Albrecht wohl vorher von dem Inhalte der Nummer Kenntnis genommen habe und daß seine als Zeugen vernommenen Parteilgenossen, welche das Gegenteil behauptet hatten, gegen ihre Eidespflicht verstoßen haben müßten. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Braun, bezeugte dies Verhalten des Angeklagten als unanständig. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Der ehemalige Kriminalkommissar Thiel wurde gestern ans der Strafanstalt in der Lehrterstraße der 4. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um in einer größeren Diebstahlsache als Zeuge vernommen zu werden. Thiel, der seine eigenen Kleider trägt, ist stark abgemagert. Es handelte sich um umfangreiche Diebstahle, die in den Jahren 1898 bis 1900 auf dem Potsdamer Güterbahnhof in den von dem Expedientenverein gemieteten Lagerräumen ausgeführt worden sind. Die auf schweren und einfachen Diebstahl bezug. Fehlerlei lautende Anklage richtete sich gegen den Vorarbeiter Friedrich Reich, den Weichensteller Emil G. H. S. H., den Aufsicher August Materne und die Arbeiter Friedrich Bonay und Reich. Freikreuz. Eine i. J. bei Reich vorgenommene Hausdurchsuchung förderte ein ganzes Warenlager der verschiedensten Gegenstände zu Tage, als das sind: Cigaretten, Trilothwaren, Porzellangegenstände, Pakete Macaroni, Konferven, Tabak, Hemden, Säcke etc. etc. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß diese Waren aus Diebstählen herrührten, die an den auf dem Potsdamer Bahnhof ankommenden und für den Expedientenverein bestimmten Kollis begangen worden sind. An den Diebstählen sind die angeklagten Vodenarbeiter beteiligt, in erster Linie Reich, der des Diebstahls in 35 Fällen beschuldigt wurde. Ansehend sind die Sachen aus Kollis entnommen worden, deren Verpackung auf dem Eisenbahntransport defekt geworden war, vielfach scheinen die Arbeiter aber auch planmäßig die Kollis so festig zu Boden geworfen zu haben, daß die Verpackung platzte und ihnen Gelegenheit zur Entwendung von Waren gegeben wurde. Das Verpacken aus der Umgebung des Bahnhofes war nur dadurch möglich, daß damals an der Ringbahn bezug. Hochbahn gearbeitet wurde und infolge dessen mehr Spielraum zum Verlassen des Bahnhofes als sonst gegeben war. Andererseits wären die Diebstahle unmöglich gewesen, wenn der Angeklagte Hecht seine Pflicht gethan hätte. Statt dessen hat er mit den Arbeitern unter einer Dede gestiftet. Es ist erwiesen, daß, als ein Weinfäß angebohrt und eines Teils seines Inhalts beraubt wurde, Hecht den Schläud zum Ablassen des Weins hergegeben hatte; ebenso ist ein gestohlener Ballen Tuch im Wert von 257 M. zunächst in seine Hude gebracht worden und er hat etwas von dem Tuch abgenommen. In einem früheren Termine hatten die Angeklagten teilweise gelauget. Speziell war Hecht mit der Behauptung aufgetreten, daß er zu seinem vor der Polizei abgegebenen Geständnis durch den Kriminalkommissar Thiel gezwungen worden sei. Thiel habe ihn direkt bedroht und gesagt: „Hund, sage, daß Du es gethan hast, sonst schlage ich Dir mit 'nem Knüttel über den Kopf.“ Er ist mit dieser Behauptung aber erst hervorgetreten, nachdem Thiel schon wegen des von ihm begangenen Inviderbrechens in Haft genommen worden war. Die damals in dieser Sache angestellten Ermittlungen haben die Behauptungen des Angeklagten Hecht nicht bestätigt, bis auf den einen Punkt, daß Thiel ihn gedroht hatte. Der Gerichtshof hatte es seiner Zeit für notwendig erachtet, zur weiteren Widerlegung der Behauptung des Hecht, den Strafgefangenen Thiel, die diesem unterstellt gewesenen Kriminalhelfer, soweit sie bei der polizeilichen Vernehmung des Hecht zugegen gewesen, ferner den eruchten Richter v. Bodenwils und dessen Protokollführer zu laden. Zur Vernehmung dieser Jungen kam es aber nicht, da festgestellt wurde, daß Hecht das angeblich erprete Geständnis vor dem eruchten Richter bestätigt hatte und die Verteidigung als nicht streitig ansah, daß der Kriminalkommissar Thiel, der das Duzen zugegeben, den Angeklagten nicht gerade mit Glacéhandschuhen angefaßt haben dürfte. (.) Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Watz gegen Reich 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Hecht 1 Jahr 1 Woche Zuchthaus, gegen Materne 4 1/2 Monate Gefängnis, gegen Bonay 9 Monate und gegen Freikreuz 5 Monate Gefängnis. — Die Rechtsanwalte Reumann II, Dr. Schwandt und Chodziesner plädieren für geringere Strafen.

Der Gerichtshof fällt folgendes Urteil: Reich ein Jahr sechs Monate Gefängnis; Hecht ein Jahr drei Monate Gefängnis; Materne vier Monate Gefängnis; Bonay vier Monate zwei Wochen Gefängnis; Freikreuz Freisprechung.

Der Gerichtshof hielt nur einfache Diebstahle für vorliegend. Bei Reich und Hecht, die sofort in Haft genommen wurden, wurden je drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Verantwortlich Redacteur: Heinrich Dester in Gr. Lichterfelde. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Spang in Berlin.

Gegen die Verschlechterung der Bäckerei-Verordnung nahm eine stark besuchte Bäckereiarbeiter-Versammlung Stellung, die am Dienstagmittag in Kellers Saal tagte. — Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Ledebour, kennzeichnete den Kampf, den die Bäckereiarbeiter und ihre Freunde seit dem Versehen der Bäckerei-Verordnung gegen dieselbe führen, obgleich diese Verordnung nur einen ganz unzureichenden Schutz der Arbeiter gewährt, und daß halb im Interesse der Arbeiter verbessert werden müßte. Wenn für die Bäckereiarbeiter eine gesündliche Maximalarbeitszeit festgelegt wäre, die für ihre anstrengende, gesundheitschädliche Arbeit noch reichlich lang ist, dann würden sie etwa mit den sorgfältig arbeitenden Arbeitern anderer Berufe hinsichtlich der Arbeitszeit gleichgestellt sein. Aber an eine derartige Verbesserung sei leider zur Zeit nicht zu denken. Gegenwärtig haben die Bäckerei-Arbeiter zu kämpfen gegen die Verschlechterung der bestehenden Verordnung. Das sei gerade jetzt besonders notwendig, denn die gegenwärtige politische Konstellation weise die bedenklichsten Anzeichen für eine Verschlechterung der Arbeiterschaft-Gesetzgebung auf. Redner erinnert an die Beziehungen des Centralverbandes der Industriellen zur Regierung, welcher seiner Zeit durch den Bued-Orlef gekennzeichnet worden ist. Wenn damals der Verband der Industriellen jubeln konnte, daß er den Minister Serleppich klein kriegt, so könne er jetzt jubeln, daß er Herrn Müller, den Bufenfreund Bued, groß kriegt hat. Herr Müller, der neue Handelsminister sei bekannt als ein entschiedener Gegner der Bäckerei-Verordnung. Jrgend welche arbeiterfreundliche Maßnahmen seien von ihm nicht zu erwarten. Der Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß der Kampf für geregelte Verhältnisse im Bäckereigewerbe nicht allein im Interesse der Bäckerei-Arbeiter, sondern auch im Interesse des konsumierenden Publikums liege. Der Kampf für die Erhaltung der gegenwärtigen Verordnung und darüber hinaus für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit könne aber nur dann Erfolg haben, wenn er von einer kräftigen Organisation geführt werde.

In der Diskussion führte Heßholz unter anderem aus, die Verordnung habe keineswegs den ihr nachgerühnten Erfolg gehabt, eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bäckereiarbeiter herbeizuführen. Die letzte Statistik der Orts-Staatenklasse weise unter 20 Sterbefällen 10 Fälle von Scharlach als Todesursache auf. Die es mit den Zuständen in den Bäckereien bestellt sei, dafür können sich Redner auf einen Polizeibeamten berufen, der gesagt habe: Was in der Broschüre der Lohnkommission und in der Besprechung derselben im „Vorwärts“ über unsaubere Verhältnisse in den Bäckereien gesagt worden ist, das ist ja sehr klar; aber wir haben bei der amtlichen Kontrolle der Bäckereien noch viel schlimmere Zustände gefunden, als sie in jener Broschüre dargestellt sind. — Nachdem noch mehrere Diskussionsredner entschieden gegen die Verschlechterung der Bäckereiverordnung gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt nach den Ausführungen des Referenten, daß eine feste, geschlossene, einheitliche Organisation die beste Gewähr für die Erhaltung des Maximalarbeitsdays ist. Die Versammelten sind fest entschlossen, sich eine Verlängerung der durch die Bundesratsverordnung geschaffenen zwölfstündigen Arbeitszeit unter keinen Umständen aufbürden zu lassen. Vielmehr erwartet die Versammlung, in abetracht der schlechten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Lebenslage der Bäckerei-Arbeiter, daß die Reichsregierung entschieden für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Sollte die Erwartung getäuscht werden, dann sind die Bäckereiarbeiter nur auf Selbsthilfe angewiesen, und verpflichten sich die Anwesenden, zur Erkämpfung des Fünfzehntags einmütig dem Verband der Bäder Deutschlands beizutreten.

Dalldorf. Socialdemokratischer Wahlverein für Waldmannslust und Umgebung. Am Mittwoch bei H. Koll Distriktsabend.

Vorligwalde. Socialdemokratischer Wahlverein für Waldmannslust und Umgebung. Am Donnerstag bei H. Seiwel Distriktsabend.

Vermishtes.

Er mordung einer Kellnerin in Mannheim. Wegen verführerischer Liebe überfiel ein Freizeugehilfe namens Bösch die Kellnerin Jung, während sie schlief, und ermordete das junge Mädchen. Nachdem Bösch die That verübt, trat er in selbstmörderischer Absicht Salpeterminerale und stürzte sich die Pulsadern. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Ein Konsul in Wien verschwunden. Der spanische Konsul bei der spanischen Botschaft in Wien Morino Duron de los Rios y Castillo, der zugleich Importeur spanischer Weine war, ist seit dem 1. Mai aus Wien verschwunden. Er hinterläßt eine große Schuldenlast. Seit zwei Jahren war er mit der Tochter eines reichen Privatiers verheiratet, auf dessen Namen er Wechsel gefälscht hat. Die Botschaft und die Gläubiger erstatteten aber keine Anzeige bei der Polizei, weil der Schwiegervater erklärte, die Wechsel einzulösen zu wollen.

Witterungsbericht vom 7. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. u. F.
Bismarck	751.0	0	4 bedekt	10	Haparanda	753.0	0	6 wolfig	-2
Danzburg	748.8	0	2 Regen	10	Petersburg	750.0	0	5	5
Berlin	750.0	0	1 Regen	12	Forst	747.0	0	5	7
Frankf./M.	750.0	0	4 bedekt	10	Aberdeen	745.0	0	4 bedekt	7
München	751.0	0	3 bedekt	9	Paris	750.0	0	3 bedekt	8
Wien	752.0	0	wolfig	11					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. Mai 1901. Gienlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbrechtliche Abhandlung Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends hat. Nach Wittenberge. Uns ist davon nichts bekannt. S. N. 20. Die im Jahre 1897 für den Verkauf von Waren entstandene Forderung, welche zum Gemeindefort verwendet wurden, verfährt mit Ablauf des Jahres 1900. — Graf M. 12. 1. Was die Ehefrau in heider Ehe vor dem 1. Januar 1900 erwarb, erwarb sie im landrechtlichen Teil (hierzu gehört Berlin und die Wart Brandenburg) in der Regel dem Mann. Nur was die Ehefrau während der Ehe durch Erbschaft, Geschenk, Vetterie oder eigenen Erwerb (als Näherin, als Schenkungsbefähigte u. s. w.) erwarb, erwarb sie als eigenes Eigentum. Das durch sogenannte Ritterbeit Erworben, also auch heider Eheleute Arbeit Angehörte, wird nicht gemeindefortliches Eigentum, sondern gehört dem Manne. In diesem Falle ist eine leine Besserung durch das Bürgerliche Gesetzbuch herbeigeführt. Es gehört danach der Ehefrau als alleiniges von der Verwaltung des Gemeindefortes Vermögens: die zum persönlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände (Reiter, Sämannschaften, Arbeitsgeräte, s. B. die Nähmaschine), ferner das, was die Frau durch ihre Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Gewerbsgeschäfts erwarb und das, was ihr durch Erbschaft, Vermächtnis, Geschenk angewandt wird. Aber auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch liegt es so, daß dasjenige, was durch gemeindefort Arbeit beider Eheleute erworben wird, falls kein Vertrag vorliegt, allein des Gemeindefortes Eigentum wird. Soll — was im Interesse der Frau und nicht minder auch der Bestimmung völliger Bestimmung der Familie durch Unglück, Schulden u. s. w. des Manns liegt — die vermögensrechtliche Stellung der Frau eine bessere werden, so ist der Abschluß eines Vertrages vor oder während der Ehe erforderlich. Ein Beispiel zu diesem Vertrage findet sich Seite 25 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ angehängten Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das „Arbeiterrecht“ liegt in der Bibliothek Alexanderstr. 26 aus. — Wenn fest, falls Sie keinen Vertrag schließen, demnach im wesentlichen nur das Eigentumsrecht an den mitgeführten Wirtschaftsgegenständen zu. 2. Der Vater kann den von ihm geltend gemachten Anspruch nicht erheben: ein minderjähriges untervertrautes Kind kann von seinen Eltern, auch wenn es Vermögen hat, die Gewährung des Unterhalts in soweit verlangen, als die Einkünfte seines Vermögens und der Ertrag seiner Arbeit zum Unterhalt nicht ausreichen. 3. Der Vater, nicht die Tochter ist heuerpflichtig; er wird als Familienhaupt mit dem ihm durch die Tochter zukommenden und dem eigenen Vermögen eingeschätzt.